

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 30,- M., monatlich 10,- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 22. Juli 1920

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Morinplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Normalezeile ...

Russen nahe an Ostpreußen.

Zwei genau sechs Jahre nach dem Beginn des Weltkrieges ...

Die Russen nähern sich diesmal dem deutschen Boden ...

Die deutsche Regierung führt sich dessen ungeachtet verpflichtet ...

Zu Beurteilung gibt der gegenwärtige Augenblick keinen Anlaß ...

Ueber die militärische Lage an den polnisch-russischen Fronten ...

In Galizien nähern sich die Russen Lemberg, Larnopol ...

Das diplomatische Zwischenspiel zwischen London und Moskau ...

Wigdor Kopp verneint Einmarschpläne.

Berlin, 21. Juli. (D.A.) Der Berichterstatter der „Baseler Nachrichten“ ...

Das offizielle Organ der Sowjetregierung „Pravda“ ...

Entgegnung an Stinnes.

Von Steiger S. G. Werner.

In einigen Parteiblättern, u. a. in der „Essener Arbeiterzeitung“ ...

Rechnet man alles zusammen, den Einfluß, den Stinnes in Frankreich ...

In der Abendausgabe des „Total-Anz.“ vom 20. Juli ist Herr Stinnes ...

Herr Stinnes hat zu verschiedenen Malen ausgeführt, z. B. einmal im Reichskohlenverband ...

Herr Stinnes sagt dann weiter: „daß er im Gegenzug zu vielen seiner Berufsgenossen ...

Herr Stinnes sagt dann weiter: „Wenn Sie ohne Wissen oder gegen besseres Wissen ...

Lloyd George über Spa.

Eine versöhnliche Rede.

London, 21. Juli. (Nachdem das Holländische Bureau.) Lloyd George hat gestern seine Rede ...

Dann sprach Lloyd George über die Konferenz in Spa. Er erklärte, man hätte es den Deutschen erwidern ...

Die Frage der Entwaffnung wäre eine der schwierigsten Probleme. Was die Schiffe anbelangt ...

Hälfte der ausgelieferten Gewehre ist bereits zerstört worden. Von den übrigen Gewehren ...

Smillie gegen das Kohlendiktat.

Haag, 21. Juli. „Nieuwe Courant“ meldet aus London: Der Bergarbeiterführer Smillie ...

Genf, 21. Juli. (Telunion.) Nach einer Erklärung des Generalsekretärs der französischen Bergarbeiterverbände ...

Die „Avanti“-Druckerei zerstört!

Nationalistenzeitschrift in Rom.

Rom, 21. Juli. (Stefani.) Manifestanten drangen in die Druckerei der römischen Ausgabe des „Avanti“ ein ...

ist oder nicht, das, was sie für richtig hält, ausführen wird. Jede Unterstützung in dieser Angelegenheit von seiner Seite verschlechtert unsere Situation bei den übrigen Völkern, vor allem bei den englischen und französischen Vergewaltigern, die wahrscheinlich bald zu dem Erkenntnis kommen werden, daß sie nur mit uns gemeinsam eine bessere Zukunft schaffen können, die es aber ganz entschieden ablehnen werden, mit uns zusammenzugehen, wenn wir uns von Herrn Stinnes ins Schlepptau nehmen lassen oder überhaupt nur die Vermutung aufkaufen, daß wir mit ihm gemeinsam den Kampf führen. Herr Stinnes wickelt infolge seiner Kriegsvorgangenschaft auf die ausländische Arbeiterschaft wie ein rotes Tuch und gerade deshalb müssen wir auf das Allerhöchste gegen seine Versuche Front machen, diese Scheidelinie zwischen uns und ihm zu verwirklichen.

Und nun noch eine Frage: Wünscht Herr Stinnes die Befreiung des Ruhrreviers? Er hat noch wenige Tage vor der Konferenz in Spa erklärt, die Entente verlange mindestens 2 1/2 Millionen Tonnen pro Monat, und wenn sie diese nicht erhalte, würde sie sicher das Ruhrrevier besetzen. Dieser Überzeugung hat er ganz entschieden Ausdruck gegeben. Es war nebenbei bemerkt im Begegnungszimmer des Reichstages in einer Besprechung, wo er das ganz klar ausgesprochen hat. Herr Stinnes wußte das, und trotzdem hat er, der Mann, der gerade die Kunst des Verhandels beherrscht und der noch kein Geschäft zum Scheitern gebracht hat, welches er zum Abschluß bringen wollte, in Spa in einer derartig brüskierten und scharfen Form gesprochen, als ob er ein Scheitern der Verhandlungen beabsichtige. Gerade er, als durch den Krieg besonders Belasteter, hätte seine Ansprüche besonders vorsichtig wählen müssen. Ohne Grund ist er sicher nicht so schroff aufgetreten. Und da er wußte, daß die Entente das Ruhrrevier besetzen wollte, so bleibt eigentlich nur die Schlussfolgerung übrig, daß er auf die Befreiung hin gearbeitet hat.

Ministerpräsidenten und Spa.

Eine Sitzung beim Reichskanzler.

Berlin, 21. Juli. Amlich. Heute vormittag fand unter der Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aussprache über die Beschlüsse von Spa galt. Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung mit einer Begrüßung der erschienenen Herren und erstellte sodann dem Reichsminister des Auswärtigen das Wort zur Berichterstattung. In den Worten des Ministers des Auswärtigen schloßen sich Darlegungen des Reichswehrministers Gessler über die militärischen Fragen und des Reichsministers des Innern Koch über die technischen Fragen der Entwaffnung. Der Berichterstatter folgte eine mehrstündige Aussprache. Dabei kam von den beteiligten Seiten die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdruck, die uns von der Entente angeht, unserer schwierigen politischen Lage aufzulegen worden sind. Ebenso wurden die Hoffnungen des Abkommens für unsere Arbeiterschaft und für unsere Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen, und es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden.

Neben den Mitgliedern des Reichskabinetts nahmen an der Konferenz teil der preussische Ministerpräsident Braun, der preussische Staatssekretär Gähler, der bayerische Gesandte v. Preger, der sächsische Ministerpräsident Bud, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der württembergische Staatspräsident Hieber, der württembergische Gesandte Hildenbrandt, der badische Minister des Innern Kemmle, der badische Gesandte Dr. Meier, der hessische Staatsrat Patzias, der hamburgische Bürgermeister Diestel, der hamburgische Senator Dr. Schramm, der medienburgschwerinsche Ministerpräsident Dr. Wendorf, der medienburgschwerinsche Mini-

Im Nordseebad.

Von J. Althe.

In dreikündiger floter Fahrt trägt mich der behaglich ausgestattete Hochdampfer nach der ersten jener Inseln, die in fast regelmäßiger Entfernung voneinander die friesischen Küste säumen. Wangerrooge besitzt harten Wellenschlag und einen breiten sandigen Strand, Eigenschaften, die der von unregelmäßigen Dünen zerstückelten Insel seit langer Zeit eine stattliche Besucherzahl sichern.

Was wäre der meerumrauschte Felsen Rand ohne die Liebe der diversen Männlein und Weiblein aus den norddeutschen Großstädten? Nichts! Das höchste Strandgut, das die See hier anspült, bringt wenig Gewinn. Einträglich wäre noch das Fischen. Doch auch das hat man aufgegeben; die wildanstreichenden Meerestiere, die witzige Seelust und der feine braune Sand sind dankbare Ausbeutungssubjekte. Also wurden aus den arbeitslosen Fischerhütten mit der Zeit gute Gasthöfe und Pensionen und schließlich auch große Praterbauten. Die obenburgische Regierung (Departement des Innern, wie die betreffende Abteilung nach bis zur Revolution hieß) erließ für die Badegäste Verhaltensvorschriften, ohne die es angeblich nun einmal nicht geht, und nichts fand einer mehr oder minder starken Scharfstrafe der letzteren im Wege.

Während des Krieges war Wangerrooge lange Zeit von der Hochseebäderung geräumt. Nur das Meer und die wimmelnden Kanonen schauten wachend und warnend in englischer Richtung übers Wasser. Jetzt aber ist alles wieder friedlich. Verlassen liegen die militärischen Anlagen, längst ist der letzte Drohturm aufgelöst und wieder wie einmalig tummelt sich auf der braunen Sandfläche eine bunte Badewelt. In Korven und Kojen, Körben und Stühlen rast und streckt sich Art und Jung. Witzig und lustig liegen die Kletterer, lösen ein Zeitungblatt und lassen sich von der Sonne betrunken; munterlich pecht und planzt das Ritzelstößel im Wellenschlag, während die neueste Keuzzeit im weichen Sande ihre Burgen baut. Des Abends lösen dann ausgelassene und theatralische Genüsse.

Democh weiß jedes zweite Haus leere Zimmer auf. Als aus elementarer Not heraus in der verlebten Jahreszeit in den verfallenen Großstädten die Zwangskäufe und Plünderungen einsetzten, gab es in den Wangerrooger Pensionen arge Verwirrung. Panikartig verließen diese der erst auf der einen Seite gedräumten Besucher Sand und Wellenschlag, um in der Heimat nach dem Geschäft zu sehen. Sehr zum Verdruß der Hotelbesitzer und Pensioninhaber. Mit Eintritt der großen Ferien oder füllten die Pensionen sich wieder. Zwar bleiben die Ausländer fort, die früher die Insel häufig besuchten, indes kommt dafür eine Menge deutscher Publikum, das sonst in holländische Georte ging. Im August rücken die Rheinländer an und lösen pünktlich die Norddeutschen am Bodestrand ab. Eine sich in langer Zeit herausgebildete Regel,

Verlagsdirektor Tischbein, der braunschweigische Minister Antzid, der braunschweigische Gesandte Boden, zugleich für Anhalt, der obenburgische Ministerpräsident Tanzen, der obenburgische Staatsminister a. D. Scheer, zugleich für Schaumburg-Lippe, der hessische Bürgermeister Dr. Spitta, der hessische Minister Senator Dr. Rebellhau, der sippische Landespräsident Drake, der sächsische Senator Dr. Reumann, der medienburg-schlesische Staatsminister Rehr, v. Reibnig, der medienburg-schlesische Staatsminister Krüger, der waldedische Ministerialdirektor Sach.

Nach dem Bericht dürfte angenommen werden, daß Bayern und Württemberg ihre Ankündigung, die Einwohnerwehr nicht aufzulösen und die militärischen Bedingungen von Spa nicht aufzuführen, zurückgezogen haben. Doch ist der Bericht gerade in diesem Punkte so allgemein gehalten, daß hier eine klare Berichterstattung dringend gefordert werden muß.

Die Kappistenuntersuchung.

Wegen die Marineoffiziere abgeschlossen.

Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stos arbeitende und paritätisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuss im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während der Märzvorgänge hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuss hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen:

1. Bei 5 Fällen ist Verabschiedung.
2. Bei 13 Fällen Dienstenthebung.
3. Bei 41 Fällen Verurteilung.
4. Bei 11 Fällen Verurteilung.
5. Bei 23 Fällen Kommandierung.
6. Bei 12 Fällen Disziplinaruntersuchung.
7. Bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen.

Bei den unter 1-4 genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und evtl. Aburteilung übergeben. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Anträge 5-7 die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt überliefert.

Die Referate für die Beamten und das Unterpersonal der Marine werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit abgeschlossen haben.

Am Beschuldigungen gegen Offiziere aus der Reichswehr sind insgesamt 509 eingelaufen, von denen zurzeit mehr als 360 erledigt worden sind.

Als Revisionsinstanz für angeklagt wegen ihres Verhaltens in den Märztagen entlassene Unteroffiziere und Mannschaften in der Reichswehr ist ein Referat eingerichtet, das mitten in seiner Arbeit steht.

System Gessler.

Vollkommene Entrechtung der Reichswehrsoldaten.

Der „Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten“ schreibt der Presse:

„Pressemitteilungen zufolge liegt der Entwurf des Reichswehrgesetzes dem Reichsrat vor und soll am 28. d. M. dem Reichstag übergeben werden. In den Kreisen der Berufssoldaten erregt es nun großes Befremden, daß der Entwurf dieses Gesetzes von der soeben erst geschaffenen Vertretung der Angehörigen der Wehrmacht nicht vorerst beraten worden ist. Die Wahlen zu dieser Interessensvertretung, der Heeres- und Marinekammer, haben in der Zeit vom 1. bis 10. Juli stattgefunden, so daß einer sofortigen Einberufung der Heeres- und Marinekammer nichts im Wege stand. Es ist unmöglich, daß dieses Gesetz zur Verabschiedung gelangen kann, ohne daß es vorher dieser Interessensvertretung von Heer und Marine vorgelegt worden ist. Wohl sind

Jedoch, ob Norddeutsche oder solche vom Rhein; Geld bringen sie alle mit. Sie zahlen die Bahn- und die Dampferfahrt; zahlen die Tagespension (von vierzig Mark aufwärts pro Person) und lassen auch sonst die meist neuen Ebeine flattern. Dafür kaufen, zum Ärger der minderbemittelten Bevölkerung der benachbarten Binnengebiete, diese Inselgäste die erweichenden Eier und Butter auf. Für den zahlungsfähigen Badegast spielen die hohen Preise, die die Bauern fordern, keine Rolle; die Arbeiterfamilien aber und der fruchtbarste Mittelstand essen Marmelade, Kunstbrot, mit Osenruch gefärbten Sirup und ähnliche schöne Sachen.

Ebenso sieht es mit anderen der Nahrung dienenden Dingen. Die War von der Nationalisierung des Fleisches glaubt heute und hierzulande kein Mensch mehr. Die diesbezüglichen Verordnungen und Erlasse tödlicher Neids- und Staatsbehörden scheinen in jenseitigen Ferne gerückt. Schweine-, Rinder- und Kalbskörner liefern die Hotels wunschgemäß in beliebiger Menge und Zartheit. Zwar magst nicht alles auf der Insel, aber wozu geht es ver-schwiegene Fahrzeuge und dunkle Räume, in denen ebenso verschwiegene Schiffer neben mancherlei anderen, des Auges des unsichtbaren Beobachters scheuenden Dingen auch die so sehr geschätzte Schweine- und Rinderherüberdummheit! — Frisch geschlachtet, das Pfund zu achtzehn Mark, kauft dann der Wirt oder Pensioninhaber die ledernen Bissen, um sie dem Gaste mit soundsoviel Prozent Aufschlag vorzusetzen.

Und der zahl. Mann und will zahlen, ansonsten wäre er nicht ins Nordseebad gefahren. Gar mancher oder sitzt drinnen im Sande, dem eine mehrwöchige Sonnenbelauntheit, eine Erholung in der heißen Seeluft den mahl- und müdegearbeiteten Körper auf Jahre stärken würde und der doch nicht kommen kann. Die Auf-pomping ihn, seinen täglichen Arbeitstrott weiterzutreiben. Ihm bedeutet es schon eine Freude, wenn amerikanische Cadaver seinem Kinde eine Suppe kochen.

Von Hungerdorf nach Wohlfahrtshausen. Die „Deutsche Invalidenzeitung“, das Organ des Zentralverbandes der Arbeits-unfähigen Deutschen, veröffentlicht unter dieser Überschrift das folgende, von dem Eberfelder Arbeitsunfähigen Wilhelm Pelzer verfaßte drollische Gedicht, dessen Inhalt wohlwollend gegebene-bittere Wahrheit ungezählte Tausende empfinden werden.

Am Westkreuz auf der Reichenbank.

Wo teilen sich die Straßen?

Hans Michel sah aus Hungerdorf.

So einmal und verlassen.

Das Haar ergraut, im schlechten Rod,

Das Haupt gestützt auf demselben Stod,

Sah er im Sonnenorand!

„Wo kommst du her, wo willst du hin?“

„Zat ich den Wand'rer fragen.“

„Warum bist du so traurig sitz.“

„Warum willst du verzagen?“

die Vertreter der Offiziere und Unteroffiziere zu den jeweiligen Sitzungen über den Entwurf des Reichswehrgesetzes gebildet worden, aber auf die vielen und mannigfaltigen Erhebungen Einwände und Proteste gegen einzelne Paragraphen ist man in seinem Falle eingegangen. Ganz besonders ist es der § 32 des Wehrgesetzes, der unbedingt der Abänderung bedarf. Er lautet:

Die Angehörigen der Wehrmacht dürfen sich innerhalb des Dienstbereiches politisch nicht betätigen. Den Soldaten ist die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen und die Teilnahme an politischen Versammlungen verboten. Sie dürfen sich untereinander auch zu nichtpolitischen Zwecken nur mit Genehmigung ihrer Vorgesetzten versammeln oder vereinigen. Das Recht zum wählen oder zur Teilnahme an Abstimmungen im Reiche, in den Ländern und in den Gemeinden ruht für die Soldaten.

Nach diesem Paragraphen ist es von der Gnade oder Ungnade der Vorgesetzten abhängig, ob sich die Soldaten zu wirtschaftlichen Zwecken vereinigen dürfen. Diese Bestimmung ist um so mehr von einer nicht zu verlesenden Härte, weil den Berufssoldaten das Wahlrecht ohnehin schon genommen ist. § 32 des Reichswehrgesetzes spricht den Soldaten mit dem Verbot des Zusammenschlusses zu wirtschaftlichen Zwecken ein Recht ab, das nach der Verfassung des Deutschen Reiches jedem Staatsbürger zugebilligt werden muß.

Wir können diese Ausführungen nur unterstreichen, die noch nicht einmal scharf genug die Konsequenz zeichnen, die sich aus der Annahme des § 32 ergeben würde. In dem Augenblick, in dem das Vereinsverbot der Soldaten teils gänzlich aufgehoben, teils der Willkür der Vorgesetzten ausgeliefert wäre, würden alle Organisationen verschwinden, die in den Märztagen Republik und Regierung gerettet haben, während reaktionäre Buischvereinigungen nach Art des Pfeffer-schen Frontbundes hoch ins Kraut schlehen würden. Man kann den Entwurf geradezu bezeichnen als Versuch der Ausschaltung der letzten republikanischen Reste aus der Reichswehr.

Wir müssen es für traurig und beschämend erklären, daß ein demokratischer Reichswehrminister einen solchen Entwurf herausgehen läßt.

Keine Rote Armee in Hamburg.

Aber eine weiße in Vorbereitung.

Hamburg, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Angelegenheit der Hamburger Roten Armee erließ die Polizeibehörde eine Bekanntmachung, wonach die Untersuchung keine Spur eines Beweises für die Richtigkeit der Sensations-meldungen erbracht hat. Trotzdem setzt die reaktionäre Presse aus derselben Quelle, wie bisher gewohnt, die Veröffentlichungen über angebliche radikale Antriebe fort.

Da ist es sehr bezeichnend, daß gerade jetzt in der Nähe von Hamburg auf einem Gut Bargteide ein Waffenlager entdeckt wurde, wobei 600 Gewehre, 600 Stahlhelme, 20 Maschinengewehre beschlagnahmt und nach Hamburg in Sicherheit gebracht wurden. Auf-merksame Parteigenossen haben die Anhäufung des Kriegsgerätes bemerkt und zur Anzeige gebracht. Die Reaktionen haben also keinen Grund von Märschen der radikalen Seite zu sprechen. Sie selber liegen im Glasband.

In der gleichen Angelegenheit wird den „V. P. R.“ von zu-ständiger Seite noch mitgeteilt:

Es kann nicht davon die Rede sein, daß eine Rote Armee, deren Bestehen schon längst in das Reich der Fabel verwandelt wurde, Übungen in der Umgebung von Hamburg abhält. Diese Übungen sollten angeblich bei Lurup, nordwestlich von Hamburg, stattgefunden haben, wo sich eine Reihe von Baracken befinden, in denen alte Munitionbestände lagern. Diese Baracken werden von bewaffneten Leuten in Heuliedern bewacht. Es ist möglich, daß sich eine größere Zahl von Hamburger Ausflüglern zufällig in der Nähe dieser Baracken gezeigt hat und daß man daraus und aus dem Vorhandensein der bewaffneten Bewachungsmannschaften auf Übungen einer Roten Armee geschlossen hat. Wahrscheinlicher aber ist es, daß die Nachrichten über dort abgehaltene Übungen bewusste Erfindungen sind.

„Ich komm von Hungerdorf, dem Ort,
So Rot und Sorge mich trieb fort,
Ich will nach Wohlfahrtshausen!“

„Ja, Freund, das ist ein weiser Weg,
Rehr denn als tausend Meilen,
Du siehst es hier am Westkreuz steh'n,
Wie wirft am Ziel du weilen.
Ich rote Dir, sehr wider um
Nach Hungerdorf zur selb'gen Stund,
Es komm' dein Leben kosten!“

„Wie lehr' ich um nach jenem Ort,
Wo ich mein Glück gelassen.
Wenn ich dran denke, könnte ich
Gott und die Menschheit hassen.
Durch Unglück ich zum Krüppel ward,
Mein Weib vor Gram und Kummer starb,
Als wir zu Ostliern wurden!“

„In diesem Welt und großer Not
Gib man mir eine Rente;
Sie reicht mir kaum für's trod'ne Brot
Und für ein einzig Hemde.
In dieser großen Not und Pein
Möcht ich so gern gestorben sein,
Dann hätt' die Qual ein Ende!“

„So sprach der Wand'rer und ganz leis
Reist er das Haupt zum Halsen.
Die Sonne, die's so gut gemeint,
Sie hieß Hans Michel schlafen.
Er drückt ihm laut die Augen zu,
Er schläft den Schlaf zur ew'gen Ruh
Und kommt nach Wohlfahrtshausen.“

Gerappte Schafe und federnfressende Kühe. Es klingt wie ein schlechter Witz, aber dennoch ist es Tatsache, daß in einem europäischen Lande die seitliche Seite herrscht, die Schafe nicht zu scheeren, sondern ihnen die Wolle mit den Händen auszurupfen. Wer nach den Härdern kommt, den zu Dänemark gehörenden, zwischen Island und Großbritannien liegenden westlichen Inseln, kann dieses Wollrücken auf Schritt und Tritt beobachten. Tier-freunden erweist dieser Brauch aus den ersten Blick freilich ziemlich grausam; gleichwohl ist er, wie Altkler berichtet, nicht als Tierquälerei anzusehen, da die Schafe gerade während der Wochen, in denen sie „erupirt“ werden, schon so viel junges Haar besitzen, daß der alte Wollpelz nur mehr ganz locker sitzt. Das Rupfen ist in diesem Falle also keine körperliche Qualerei, liefert aber andererseits Wollhaare bis zu 30 Zentimeter Länge.

Noch feltamer als das Rupfen der Schafe sieht sich auf den Härdern eine andere Erfindung an, nämlich — die federnfressenden Kühe. An gewissen Strandstellen liegt der Boden voll von den Federn der dort massenhaft vorkommenden Dreizehennöcken. Nun hat man die Wahrnehmung gemacht, daß Kühe, wenn sie zufällig auf solchen federnbedeckten Bodenstellen weiden, mit großer Vorliebe die Federn fressen, und zwar ganz beträchtliche Mengen.

Umgestaltung des Rettungswesens

Zu dieser Frage gehen uns im Anschluß an unseren Artikel vom 16. Juli folgende Ausführungen zu:

Wer bei den bisherigen Veröffentlichungen in Sachen der Umgestaltung des Rettungswesens ein wenig zwischen den Zeilen zu lesen vermochte, wird bemerkt haben, daß die Ursache der beachtlichen Reform die Finanznot der Stadt ist. Jedoch wäre in diesem Falle gerade eine Geldersparnis von allergrößtem Hebel. Zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege kann ein Gemeinwesen nie genug Gelder aufbringen und anlegen, denn sie tragen tausendfältige Kosten.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Finanzkraft Groß-Berlins sehr im Argen liegt. Wollte man aber darunter die öffentliche Gesundheitspflege leiden lassen, so ließe dies das Kind mit dem Bade ausschütten. Vielmehr muß dahin gestrebt werden, den Um- und Ausbau des Rettungswesens in der Weise vorzunehmen, daß den berechtigten Wünschen der Bevölkerung bezüglich besserer und schnellerer ärztlicher Hilfe nicht nur bei Unfällen, sondern auch bei akuten Erkrankungen Rechnung getragen wird. Daß es dabei nötig wird, neue Geldquellen zu erschließen, die den soliden Unterbau sichern, ist selbstverständlich.

Bei dieser Frage denke ich als Hochmann in der Hauptsache an den Verband der Krankenkassen Groß-Berlin. Er hat bewiesen, daß die Gesundheitspflege bei ihm in guten Händen liegt. Beim Aufstreten irgendwelcher epidemischer Krankheiten (es sei hier an die Grippe-Epidemien der letzten Jahre erinnert), hat allerdings auch der Kassenverband viel Initiative vermissen lassen. Die Heberlastung der Ärzte war eine so ungeheure, daß es ihnen meist erst nach Tagen möglich gewesen ist, die Kranken in ihren Wohnungen aufzusuchen. Daß dadurch eine Vermehrung der Erkrankungsherde herbeigeführt wurde, liegt auf der Hand. Aber auch in regulären Zeiten sind die Klagen der Kassenmitglieder über mangelhafte ärztliche Hilfe an der Tagesordnung, die zum größten Teil ihren Ursprung in der beruflichen Überlastung der Kassenärzte haben. Nur böser Wille wird den Kassenärzten in ihrer Allgemeinheit Mässigkeit oder Voreingenommenheit gegen Kassenpatienten unterstellen. Wer die Verhältnisse genauer zu prüfen in der Lage ist, wird zugestehen, daß auch bei ihnen der beste Wille an der Erschöpfung ihrer Arbeitskraft scheitert. Man kann überzeugt sein, daß die Kertze nicht das geringste gegen eine durchgreifende Ausgestaltung des Berliner Rettungswesens einwenden wird, wenn dabei nur einigermaßen auf ihre Interessen Rücksicht genommen wird.

Die Ausgestaltung muß in der Weise erfolgen, daß die Rettungstellen entsprechend der Bevölkerungszahl in den einzelnen Wohnbezirken vermehrt und zur Kassenpraxis eingerichtet und zugelassen werden. Dadurch wird der bisherige Betriebsdienst der Kertze in den Rettungstellen mehr in praktische Betätigung umgelenkt, nicht nur im eigenen, sondern vielmehr noch im Interesse der Patienten. Daß je nach der zunehmenden Frequenz einer vermehrte Anstellung von Ärzten erfolgen muß, versteht sich. Dadurch wird dann auch wieder dem Kertze stand gebietet. Tüchtigen Leuten mit bisher vielleicht kümmerlichen Erwerbsmöglichkeiten bietet sich hier ein reiches Betätigungsfeld; die zum Teil beruflich überlasteten Kassenärzte werden dadurch, daß den Kassenmitgliedern in den ausgebauten Rettungstellen zu jeder Zeit ärztliche Hilfe gewährt werden kann, ganz erheblich entlastet. Die Tätigkeit der Kertze in den Rettungstellen wird sich in der Hauptsache darauf beschränken, denjenigen Kranken Hilfe zu gewähren, die in die Sprechstunde kommen können; nur zur Nachtzeit werden sie dem Ruf zu plötzlich Erkrankten folgen müssen. Während der Tagesstunden wird der Besuch in der Wohnung der Patienten, die ernstlich erkrankt und bettlägerig sind, den übrigen Kassenärzten vorbehalten bleiben, die sich dann viel durchgreifender der Krankheitsbehandlung widmen, dann aber auch für

die aufzuwendende Mühe ein entsprechend höheres Honorar zu verlangen berechtigt sein werden. Bisher hat die Praxis ergeben, daß eine ganze Anzahl Kertze gezwungen waren, bettlägerige Kranke meist nur per Distanz zu behandeln, d. h. sie ließen sich von den Angehörigen über den Verlauf der Krankheit und das Befinden des Patienten Bericht erstatten und trafen danach ihre Maßnahmen und richteten ihre Anordnungen und Rezepte danach ein. Daß mit einem solchen Verfahren weder den Kranken, noch den Krankenkassen, oder gar dem ärztlichen Anstande gebietet wäre, wird niemand zu behaupten wagen. Eine weitere wesentliche Ausgestaltung müßte dann noch der Fuhrpart der Rettungstellen erfahren. Wenn heut

Die Freunde unserer Zeitung

werden gebeten, bei ihren Ausflügen und Reisen an allen Verkaufsstellen, besonders auf den Bahnhöfen, den „Vorwärts“ zu kaufen und ihn in den Gasthöfen, Restaurants und Cafés stets zu verlangen. Wenn der „Vorwärts“ irgendwo nicht zu haben ist, richte man gütigst eine kurze Mitteilung an

„Vorwärts“-Verlag G. m. b. H., Hauptexpedition, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

private Krankentransportfirmen für die Beförderung eines Kranken in ein Krankenhaus sich Preise von 70 bis weit über 100 R. zahlen lassen, so ist dies mehr als ein Uebelstand. Die Summen, welche von den Groß-Berliner Krankenkassen im Jahre allein für Krankentransporte ausgegeben werden, könnten zum Teil schon dazu beitragen, die Rettungstellen lebensfähiger zu gestalten. Wenn dann noch durch die Zulassung zur Kassenpraxis und eventuell außerdem durch Zahlung einer Jahrespauschale, die vielleicht prozentual, entsprechend dem Mitgliederstand, auf die einzelnen Kassen umgelegt werden könnte, nicht etwas durchaus Ruhrgültiges geschaffen werden könnte, dann müßte es sehr sonderbar zugehen.

Um aber nun auch die nötige Harmonie in die Sache hinein zu bringen, bedarf es eines sachlichen und vorurteilsfreien Zusammenarbeitens der in Frage kommenden Körperschaften. Dazu ist es nötig, daß dem Kassenverband sowohl wie dem Verein Berliner Kassenärzte ein vertraglich festzulegendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht gegeben werden muß, denn wer mitzuten soll, muß auch mit raten dürfen. Welche Befugnisse und Rechte dem Kassenverband eingeräumt werden müssen, das zu fixieren, kann man ihm selbst überlassen. Dem Kertzeverein wäre aber ohne Frage ein Mitbestimmungsrecht bei der Anstellung der Kertze und ein Kontrollrecht über die Ausübung der beruflichen Tätigkeit derselben zuzubilligen. Ebenfalls wird die Berechnung der Monatsbonds seitens der Rettungstellen durch den Kertzeverein zu erledigen sein, oder es müßte zwischen den drei Körperschaften ein besonderer Modus für diese Berechnung und Honorierung an das Kuratorium des Rettungswesens vereinbart werden.

Eins soll schließlich hier noch rein sachlich hervorgehoben werden: Bei allen Reden, die den Herren vom Kertzeverein bezüglich der Kontrolle ihrer Herren Kollegen in den Rettungstellen zugebilligt werden, dürfen sie nicht vergessen, daß hier neutraler Boden ist. Wenn es also wieder einmal zu Tarifstreitigkeiten zwischen Kertzen und Krankenkassen käme, die ja letzten Endes doch immer noch im Wege der Vereinbarung geschlichtet und beigelegt wurden, dann dürfte von ihnen der wirtschaftliche Kampf unter keinen Umständen mit in die Rettungstellen verlegt werden. In einem so riesengroßen Gemeinwesen, wie Berlin es ist, muß unbedingt im Interesse sozialer Hygiene eine wirklich neutrale Stelle vorhanden sein,

die es den Kranken ermöglicht, auch in Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe Hilfe und Binderung ihrer Schmerzen zu erhalten. Menschenleben sind letzten Endes mehr wert als Wirtschaftsforgen der Krankenkassen oder auch des Kertzeverbandes. Schon aus diesen Gründen sollten die in Frage kommenden Körperschaften eifrigs daran gehen, bezüglich der Ausgestaltung des Rettungswesens positive Arbeit zu leisten.

Groß-Berlin

Zehn kleine Negerlein . . .

(Für Karburger Heldenjünglinge umgebildet, auf Gefangenentransporten zu fingen.)

Zehn Spartakistenhunde, zum Morsch raus aus der Scheune, Der eine macht 'nen Fluchüberfuch — piff-paff, da blieben Neune.

Neun Spartakistenhunde wurden fortgebracht, Den einen stiechen wir vom Weg, — piff-paff, da blieben Acht.

Acht Spartakistenhunde, mit Büffen fort und Sieben, Der eine hielt den Gleichschritt nicht, — piff-paff, da blieben Sieben.

Sieben Spartakistenhunde sind noch unterwegs, Da magt ein Kerl zu räuspern sich, — piff-paff, da blieben Sechs.

Sechs Spartakistenhunde, so viel, das ist ein Schimpf, Lang' mal 'nen Karabiner her, — piff-paff, da blieben Fünf.

Fünf Spartakistenhunde, getrieben wie die Tiere, Der eine konnte nicht mehr mit, — piff-paff, da blieben Vier.

Vier Spartakistenhunde, es ging am Dorf vorbei, Wir fühlten uns dadurch bedroht, — piff-paff, da blieben Drei.

Drei Spartakistenhunde, lohnt das die Schererei! Der eine hat sich umgedreht, — piff-paff, da blieben Zwei.

Zwei Spartakistenhunde, darunter so'n gemeiner verdächtig abgerissener Kerl, — piff-paff, da blieb noch Einer.

Ein Spartakistenhund, — nur keine lange Predigt! Leichen braucht die Anatomie, — piff-paff: „Kerls sind erledigt“.

Rich. v. Lindenhofen.

Würde.

In Dingoda, es könnte auch in Berlin sein, läßt ein lauter Oberlehrer seine Schülerchor ein marmornes Denkmal bestaunen. Das stellt, natürlich in heldenhafter Pose, irgendeinen Fürsten dar. Er trägt Anichosen, prall anliegende Strümpfe und hat das übliche Herrschergeischt: Griesgram, Augenrollen, Joruesblide ins Quadrat komponiert.

Der teufliche Oberlehrer hält einen Vortrag über das, was höfische Historiker kunstvoll zusammengebrannt haben, und was man dann bei ziemlicher Anmahnung wohlthätiger Weltgeschichte nennt. Er kommt auch auf die Würde zu sprechen, preist die Würde des Fürsten in wohlüberlegten Worten, die sichtlich auf Wirkung berechnet sind, und streift sodann die Gegenwart. Würde und Monarchismus ist nicht voneinander zu trennen. Mit der Würde hat die Revolution aufgeräumt. Die Würde ist unserm Volke verloren gegangen, das jetzt sein Heil in der allgleichmachenden Demokratie sucht. Aber der Fürst soundso, dessen steinernes Standbild hier huldvollst die Stätte des Gedenkens verklärt, war ein echter Repräsentant der Würde, er führte große Kriege, er regierte sein Land mit eiserner Faust, er war ein Triebfeder der Weltgeschichte.

Ich höre dieses untertänigst gefungene Loblied an und habe solchen verteuelt bitteren Geschmack im Munde, denn ich denke an den Nummel der großen Zeit. Wie wurden wir mit An-

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Sivert, die geschwollen von Wissen, geht und legt sich zu Bett. Arel ist zu einer Verhandlung vorgeladen, es war eine große Sache, der Schultheiß ist mit ihm hingereist. Es war eine so große Sache, daß auch die Frau Schultheiß, die wahrhaftig wieder ein Kleines hatte, ihr Kind verließ und mit in die Stadt reiste. Sie hatte gesagt, sie wolle ein Wort mit dem Gericht reden.

Nun schwirrten Klatsch und allerlei Gerüchte durchs Dorf, und Sivert merkte gut, daß auch wieder von einem älteren Kindsmord geflüstert wurde. Vor der Kirche stockte jede Unterhaltung, wenn er sich nahte, und wäre er nicht der gewesen, der er war, so hätten ihm die Leute vielleicht den Rücken gefehrt. Es war recht gut, Sivert zu sein, eritens einmal von einem großen Hof zu stammen, eines reichen Mannes Sohn zu sein und dann auch selbst für einen tüchtigen Kerl, für einen guten Arbeiter zu gelten. Er wurde von anderen geschätzt und hochgeachtet, und er hatte auch jederzeit die Volksgunst genossen. Wenn jetzt nur nicht Jenfime zu viel hörte, ehe sie wieder nach Hause führen. Sivert hatte übrigens so seine eigenen Gründe zur Beängstigung, auch die Leute auf dem Dedland können erötten und erleiden. Er sah, wie Jenfime mit der kleinen Rebekka aus der Kirche trat, sie hatte auch ihn gesehen, war aber einfach vorbeigegangen. So wartete er eine Weile und fährt dann heim Schmied vor, um die beiden abzuholen.

Beim Schmied wird zu Mittag gegessen, das ganze Haus ist verkommen, und auch Sivert wird etwas zu essen angeboten, aber er hat schon gegessen und dankt. Sie wußten, daß er um diese Zeit kommen werde, sie hätten auch die kleine Weile auf ihn warten können, in Sellanraa hätte man das getan, aber hier tat man es nicht. — „Ach nein, du bist es jedenfalls besser gewöhnt,“ sagt die Frau des Schmieds. — „Dast du in der Kirche etwas Neues erfahren?“ fragt der Schmied, abgleich er selbst in der Kirche gewesen ist.

Als Jenfime und die kleine Rebekka auf dem Wagen sitzen, fragt die Schmiedsrau zu ihrer Tochter: „Ja, ja, Jenfime, laß es nun nicht zu lange antreiben, bis du wieder nach Hause kommst.“ — „Das kann man auf zwei Arten verstehen, dachte Sivert, aber er wußte sich nicht in die Sache. Wäre

die Rede ein klein wenig bestimmter gewesen, so hätte er vielleicht Antwort gegeben. Er runzelt die Stirne und wartet. — nein, nichts mehr.

Sie fahren heimwärts, und die kleine Rebekka ist die einzige, die etwas zu plaudern hat, sie ist erfüllt von dem Erlebnis ihres Kirchgangs, von dem Geistlichen in seinem schwarzen Talar mit dem silbernen Kreuz, von dem Diakonglanz und dem Orgelschall. Nach einer langen Weile sagt Jenfime: „Das mit Barbro ist eine Schande!“ — „Was hat deine Mutter damit gemeint, daß du bald wieder nach Hause kommen sollst?“ fragt Sivert. — „Einmal muß ich ja doch wieder nach Hause,“ sagt sie. — „Prr!“ ruft Sivert und hält das Pferd an. „Soll ich jetzt gleich wieder umdrehen?“ fragt er. — Jenfime sieht ihn an, er ist blaß wie der Tod. — „Nein,“ erwidert sie, und gleich darauf fährt sie an zu weinen. Ach, es war sehr nützlich, die kleine Rebekka mit auf solcher Fahrt zu haben, sie ergriff Partei für Jenfime, streichelte sie und brachte sie wieder dazu, daß sie lächelte. Und als die kleine Rebekka ihrem Bruder drohte, sie werde vom Wagen springen und sich einen Steden für ihn suchen, da muß auch Sivert lächeln. — „Aber nun muß ich fragen, was du gemeint hast?“ sagt Jenfime. — Sivert antwortet ohne Bedenken: „Ich meinte, daß wir, wenn du uns verlassen wollest, eben sehen müßten, ohne dich fertig zu werden.“ — Lange Zeit darauf sagte Jenfime: „Kawohl, die Leopoldine ist ja nun erwachsen und kann meine Arbeit tun.“

Es wurde eine wehrmütige Heimfahrt.

7.

Ein Mann geht über Feld. Es stürmt und regnet, die Herbststregen haben begonnen, aber darum kümmert sich dieser Mann nicht, er sieht vergnügt aus und ist es auch, es ist Arel Ström, er kommt vom Verhör, wo er freigesprochen worden ist. Und er ist vergnügt: erstens steht eine Nähmaschine und ein Keolpflug für ihn drunten an der Lände, und zweitens ist er freigesprochen. Er hat nicht geholfen, ein Kind zu ermorden. So kann es gehen!

Aber was für schwere Stunden hat er durchgemacht! Als er dastand und Zeugnis ablegte, hatte dieser sich in täglicher Arbeit abmühende Mann die schwerste Arbeit seines Lebens vor sich gehabt. Er hatte keinen Nutzen davon, Barbro's Schuld zu vergrößern, deshalb nahm er sich in acht, ja nicht zuviel zu sagen, ja, er sagte nicht einmal alles, was er wußte, jedes Wort wußte aus ihm herausgefragt werden, und meistens antwortete er nur mit ja und nein.

War das nicht genug? Sollte die Sache noch größer gemacht werden, als sie schon war? Ach, es sah häufig aus, als ob es ernst werden wollte; die hohe Obrigkeit war gar so schwarz gekleidet und gefährlich, mit wenigen Worten hätte sie alles zum Schlimmsten wenden und ihn vielleicht gar verurteilen können. Aber es waren nette Leute, sie wollten seinen Untergang nicht. Und außerdem traf es sich auch noch so, daß mächtige Kräfte in Tätigkeit waren, um Barbro zu retten, und das gereichte auch ihm zum Nutzen.

Was in aller Welt konnte ihm nun noch geschehen?

Barbro selbst konnte doch wohl nicht auf den Gedanken kommen, Ausfagen zu machen, die ihren gewesenen Hausherrn und Geliebten belastet hätten; er war im Besitz eines gar zu fürchtbaren Wissens, sowohl um diese wie um eine frühere Kindesangelegenheit, so dumm war Barbro nicht. O, und sie war schlau genug, sie lobte Arel und sagte, er habe nicht das mindeste von ihrer Niederfunft gewußt, bis alles vorüber gewesen sei. Er sei ziemlich heigen und sie stimmten nicht überein, aber er sei ein stiller Mann und ein ausgezeichnete Mensch. Nein, daß er ein neues Grab gegraben und die Leiche hineingetan habe, das sei viel später geschehen, und zwar nur deshalb, weil er meinte, das erste Grab sei nicht trocken genug; das sei es übrigens doch gewesen, nur sei Arel eben gar so eigen.

Was konnte also Arel geschehen, wenn Barbro so die ganze Schuld auf sich nahm? Und für Barbro selbst waren sehr mächtige Kräfte in Bewegung; die Frau Schultheiß Geyerdahl war in Bewegung.

Sie ging zu God und Nieder und schonte sich keineswegs, sie verlangte als Penguin verhört zu werden und hielt vor Gericht eine große Rede. Als sie an die Reihe kam, stand sie vor den Schranken als recht vornehme Dame, sie erfaßte die Frage des Kindsmords in ihrer ganzen Breite und hielt dem Gericht eine Vorlesung, man hätte meinen können, sie habe sich die Erlaubnis dazu im voraus erwirkt. Man konnte von der Frau Schultheiß sonst denken, was man wollte, aber Reden halten konnte sie, und gelehrt in Politik und allen sozialen Fragen war sie. Es war nur ein Wunder, wo sie alle die Worte hernahm. Ab und zu hatte es den Anschein, als wolle der Vorsitzende verurteilen, sie zu veranlassen, etwas mehr zur Sache zu kommen, aber er hatte augenscheinlich nicht das Herz, sie zu unterbrechen, und so ließ er sie weiterreden. Und zum Schluß förderte sie einige brauchbare Aufklärungen zutage und machte dem Gericht einen aufsehenerregenden Vorschlag.

(Fort. folgt.)

hand und Würde belogen und betrogen. Und als der Atom schief ging, da pöbeln gewisse Leute würdevoll ihre Opfer und traten die bemühnen Ausländerreisen an.

Und ich sehe mir das steinerne Bild des Fürsten an. Wie schonmähig ist dieser Schlachtenlenker gepusht, und wie schon die Strumpfbänder sitzen, eine ganz große Klotze kann sie nicht raffiniert binden.

Wenn nun aber mal beim Fürsten ein Strumpfband in die, dann war auch, selbst in der würdevollen Vorzeit, die ganze künstliche Würde zum Teufel, und der Fürst machte ein genau so verbotenes Gesicht dem eligen Einschlag, wie jeder gewöhnliche Sterbliche, dem ein Strumpf sackt. Also, eine solche vermehrte Kleinigkeit stellt die angebliche Würde und die große Geste Kopf, jedoch wir sollen vor der Würde eines fischigen Denkmals auf dem Bauch rutschen.

Die Würde ist nicht ausgestorben, die Würde lebt auch jetzt noch. Und mit Würde bezieht man sich, der in einer Dachkammer oder in einer Kellermwohnung haust, den Kampf mit dem Leben. Über der teutische Oberlehrer möchte einzig und allein die Würde als Dekoration für Fürsten gelten lassen. Dabei ist ihm selbst der Begriff der Würde nicht einmal klar, denn sonst müßte er es für unter seiner Würde halten, jeden anders gesonnenen Menschen, nur weil er anderer Anschauung ist, in der allgemeinen Achtung herabzusetzen und mit Schmutz zu besetzen. In Wirklichkeit hat er sich auch nur in die heidenhöfische Pose versetzt und dieser großen Geste (in Wahrheit ist es sehr oft eine hohle Geste), die Einbildung, Heberlieferung und Gewohnheit ihm als Würde zu bezeichnen pflegen, der läuft er nach.

E. B.

Der Golpa-Streik vorläufig beendet.

Gestern vormittag wurde in Golpa und Jischornowitz die Arbeit in vollem Umfang wieder aufgenommen. Eine Einstellung ist aber noch nicht erzielt worden. Die Arbeiter haben in der letzten Sitzung die Vorschläge des Arbeitgeberverbandes abgelehnt, sich aber unter der Bedingung zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt, daß bis zum Sonnabend die Verlegten darüber befragt werden, ob sie damit einverstanden sind, daß ein Streikbescheid gefällt wird. Im Falle der Ablehnung soll eine Urabstimmung über die Fortführung des Streiks entscheiden.

Mit Eintritt der vollen Strombelieferung treten die für den Berliner Straßenbahnverkehr mit Rücksicht auf die bündelnde Stromversorgung erlassenen Einschränkungsbestimmungen außer Kraft. Der Straßenbahnverkehr wird heute verstärkt und die erweiterten Fahrpläne der einzelnen Linien verrichtet werden. Von Freitag früh ab werden dann die eingesetzten Linien 37, 45, 169, 67, 71, 82, 86, 92, B, T sowie die beiden Ostbahnlinien ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Streik in den Lebensmittelgeschäften.

Seit längerer Zeit bemühen sich die Angestellten in den Lebensmittelgeschäften der Lebensmittelbranche um den Abschluß eines Tarifs mit Aufbesserung der Gehälter. Ein vom Schlichtungsausschuß gefällter Schiedsspruch, der die Angestellten, abgesehen die Gehälter ihren Forderungen nicht genügen, angenommen haben, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Der Demobilisierungskommisär hat es abgelehnt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Weitere fortgesetzte Verhandlungen, eine Verständigung mit den Arbeitgebern herbeiführen, blieben erfolglos, weil die Gehaltsangebote der Arbeitgeber erheblich hinter dem Schiedsspruch zurückblieben. Die Angestellten verlangen nun bis Mittwochabend die Anerkennung des Schiedsspruchs durch die Arbeitgeber. Bis jetzt haben 102 Geschäfte mit 3312 Angestellten den Schiedsspruch anerkannt. In einer Versammlung, die der Zentralverband der Angestellten im Mittwochabend nach den Sophienfällen einberufen hatte, erstattete Andreas den Situationsbericht. Er empfahl, daß in allen Geschäften, wo der Schiedsspruch nicht anerkannt ist, der Streik eintritt. Zunächst soll am heutigen Donnerstag der Streik über die größeren Firmen verhängt und demnach auch auf die kleineren Geschäfte ausgedehnt werden. Klatsch erklärte namens der Arbeitgeberschaft freier Angestelltenverbände, daß die Kollegen der Lebensmittelbranche auf die volle Solidarität aller freigeberwirtschaftlichen Angestellten rechnen können und daß die Afa in Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission den Posten über die nichtbewilligenden Geschäftsinhaber verhängen werde. Die Versammlung beschloß einstimmig, den Streik in der vom Referenten vorgeschlagenen Weise durchzuführen.

Die ruinöse Luftbarkeitssteuer.

Im „Berliner Tageblatt“ vom 20. Juli finden wir folgendes Inferat:

Ruin in Berlin,
Goldgrube, ohne Konkurrenz, an der Peripherie, allerbeste bezahlter Gegend, stets ausverkauft, auch im Sommer, ca. 800 Plätze, Reingewinn ca. 200 Tausend p. a., für 475 Tausend in bar sofort umständelhalber an schnell entschlossene Käufer zu verkaufen. Branchenkenntnisse nicht erforderlich. Nachfolger wird eingearbeitet.

Bekanntlich haben die Kinobesitzer in unruhigen Protestartikeln erklärt, daß die neue Luftbarkeitssteuer ihr Ruin sei, und in einer Protestversammlung wurden sämtliche „Strenge der Kinowelt“ vorgeführt, die mit rührender Lyrik bewiesen, daß es dank der Luftbarkeitssteuer bestimmt morgen mit der edlen Filmkunst am Ende sei. Wenn nun trotzdem ein Kino in Berlin noch als „Goldgrube“ angekündigt wird, „ohne Branchenkenntnisse“ — die jährlich 200 000 M. abwirft und die Kaufsumme von fast einer halben Million mit nahezu 50 Proz. verzinst, so scheint es doch, als ob der Kinokunst einstweilen ihr Ruin noch recht gut bekommt.

Preisverzeichnis anhängen!

Die Verordnung der Preisprüfstelle Groß-Berlin über den Anhang und die Aufstellung von Preisverzeichnissen soll nach Zeitungsmeldungen durch das Schöffengericht Reutlingen für ungültig erklärt worden sein. Abgesehen davon, daß es sich hier um eine offenbar noch nicht rechtskräftige Entscheidung eines einzelnen Gerichts handelt, weist die Preisprüfstelle Groß-Berlin darauf hin, daß die fragliche Verordnung mit Vermeidung formeller Bedenken auch noch seitens der Groß-Berliner Gemeinden und der beiden Kreise Teltow und Niederbarnim auf Grund des § 12 Nr. 1 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1916 veröffentlicht worden ist. Die Interessenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie hiernach jedenfalls zur Beachtung der in der Ausnahmsverordnung enthaltenen Vorschriften verpflichtet sind, und es wird seitens der Preisprüfstelle und der sonst zuständigen Stellen auf Befolgung dieser Vorschriften streng gehalten werden.

Ferienpeisung bedürftiger Schulkinder.

Für die Sommerferien hat dank dem Entgegenkommen der amerikanischen Quäker das städtische Jugendfürsorgeamt an 84 Sammelstellen im Reichslande der Stadt Berlin eine großzügige Quäkerpeisung einrichten können. Männer und Frauen aller Berufsstände (Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, Lehrer, Oberlehrer) haben die örtliche Leitung der Ferienpeisstellen übernommen. Durch reißende Arbeit aller Helfer ist es gelungen, in der jetzt zurückliegenden ersten Hälfte der Ferienzeit rund 300 000 Portionen zu je einem

halben Liter an bedürftige Kinder auszuverteilen. Nur solche Kinder werden zur Speisung zugelassen, die nachweislich bis zum Beginn der Ferien schon in der Schule Quäkerpeise erhielten. Neuaufnahmen finden nicht statt. Die Quäkerpeisen können nur unter folgenden, von den Quäkern erlassenen Bestimmungen abgegeben werden:

1. Der Zutritt zur Speisehalle ist nur den speisenden Kindern, den Ausstellern der Speise, sowie Vertretern des Jugendfürsorgeamtes und der amerikanischen Kinderhilfsmission gestattet. Eltern und Geschwister der speisungsberechtigten Kinder dürfen das Grundstück nicht betreten.
2. Die verarbeiteten Speisen sind in der Speisehalle zu verzehren. Speisereste dürfen nicht mitgenommen werden.
3. An erkrankte oder sonst nicht anwesende Kinder werden Speisen nicht verabfolgt, da hier keine Gewähr besteht, daß das bedürftige Kind wirklich die Speise erhält.

Mit gefälligen Warenhaus-Sammellisten „arbeiten“ die Gebrüder Edwert. Sie hatten beobachtet, daß auf Sammelkarten in verschiedenen Abteilungen Einkäufe gemacht werden konnten, um den gesamten Kaufpreis dann an der Sammelkasse zu bezahlen. Sie ließen sich auch eine solche Sammelkarte ausstellen, kauften einige kleinere Sachen und nahmen diese in Empfang, nachdem sie die Karte mit einem nachgeahmten Kassenstempel versehen hatten. Als sie sahen, daß ihr Trick gelungen war, wurden sie dreifach. Sie ließen sich wiederum eine Karte ausstellen und kauften gleich für 12 000 Mark Sachen verschiedener Art. Als sie nun aber die Sammelkarte mit dem gefälschten Kassenstempel vorlegten, wurden sie angehalten und von hinzugerufenen Kriminalbeamten festgenommen. Sie hatten übersehen, daß die Karten von der Kassiererin außerdem noch mit einem Geheimzeichen versehen wurden und dieses hatte die Expedientin bemerkt. Die Verhafteten, die beide schon vorherbestraft sind, leugnen die Fälschung und geben an, daß sie die Karte von einer Dame erhalten hätten, die sie in einem Kaffeehaus hätten kennen gelernt und die sie gebeten habe, für sie die eingekaufte und bereits bezahlte Ware abzuholen.

Zur Salzsaufschieder, die auch mit Worpshum und Kofain handelten, wurden in einem Lokal in der Leipziger Straße von einem Kriminalbeamten abgeführt, festgenommen und die Medikamente, für mehrere Hunderttausend Mark, beschlagnahmt. Das Schieberkonsortium hatte einen „Käufer“ gefunden, der sich bereit erklärte, die Warenpreise zu zahlen. Das Geschäft sollte in dem Lokal abgeschlossen werden. Der Käufer übernahm die wertvolle Ware, gab sich dann als Kriminalbeamter zu erkennen, beschlagnahmte die Ware und verhaftete die betrogenen Betrüger.

Über einen aufsehenerregenden Rohheitsakt berichteten wir in unserer Nr. 300. Der darin erwähnte Herr Goor teilt uns nunmehr mit, daß der Kaufsüchtige Willi Oelz kein Kesse ist, aber den er „vollständig das Vaterrecht habe“ und daß derselbe „niemals einen Schlag“ von ihm erhalten habe. Zur gleichen Zeit schreibt die Mutter des jungen Mannes, daß derselbe „von Herrn Albert Goor wegen eines kleinen Vergehens eine harmlose Ohrfeige erhalten hat“. Danach dürfte die „Berichtigung“ des Herrn Goor also nicht der Wahrheit entsprechen.

Zur Wiederkehr des 2. August. An einer vom Friedensbund der Kriegsteilnehmer einberufenen Massenkundgebung für Weltfrieden und Völkerverständigung, die am Sonntag, den 1. August, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lustgarten stattfinden soll, werden sich folgende Organisationen beteiligen: Deutsche Friedensgesellschaft, Republikanischer Männerbund, Bund Neues Vaterland, Internationaler Bund der Arbeiter, Kriegsbund der Arbeiter, Reichsbund der Arbeiter, Arbeiterjugend Groß-Berlin. Eine Reihe weiterer Organisationen hat die Entsendung von Vertretern zugesagt. Es werden Redner aller auf dem Boden der Republik und des Völkerehrens stehenden Richtungen zu Worte kommen.

Die Frage nach der Religion auf dem Standesamt. Die Frage nach der Religion auf dem Standesamt ist jetzt durch eine Verordnung des Reichsministers der Justiz neu geregelt worden. Die Standesbeamten haben zu kritischen Zwecken bei Gelegenheit der Beurkundung von Geburten die Religion der Eltern, bei Übertragungen der Religion der Verstorbenen zu erfragen. Sache der Landesgesundheitsbehörde ist es, zu bestimmen, in welcher Weise diese Angabe vermerkt werden soll. Die Bemerkung sind derzeit einzurichten und aufzubewahren, daß den Religionsgesellschaften die Auskünfte erteilt werden können, die sie nach dem neuen Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung zu beanspruchen haben. Für die Erhebungen werden die nötigen Vorordnungen von den obersten Landesbehörden kostenfrei geliefert. Für die Gewährung der Auskünfte darf von den Religionsgesellschaften nur die Erstattung der baren Auslagen verlangt werden. Gleichzeitig sind neue Vorordnungen für die Beurkundungen der Standesämter vorgeschrieben worden. Die alten können handschriftlich geändert und ausgetauscht werden. Vor Anordnung des Aufgebots soll nach dem Gesetz ein Verbleib vom Standesbeamten den Beteiligten ausgedrückt werden. Das Blatt wird vom Reichsgesundheitsamt aufgestellt.

Nach dem Hauseigentümer muß die Wohnung zugewiesen werden. Eine Wohnung muß auch im eigenen Hause dem Hauseigentümer vom Wohnungsamt zugewiesen werden in den Gemeinden, für die die öffentliche Bewirtschaftung vorgeschrieben ist. Dies stellt eine Verfügung des Reichsministers für Volkswohlfahrt an sämtliche Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Charlottenburg ausdrücklich fest. Dies stellt eine Verfügung des Ministers ausdrücklich fest. Mit der immer größer werdenden Wohnungsnot nehmen die Versuche zu, durch den Ankauf eines Miethauses sich in den Besitz einer Wohnung zu setzen. Eine Verbotung der Hauseigentümer soll aber bei der Zuweisung einer Wohnung in ihrem eigenen Miethaus nicht stattfinden. Diese Verbotung würde bewirken, daß reiche Leute ein Haus kaufen würden, um eine darin freierwerbende Wohnung umgeben zu beziehen zu können, während weniger kapitalfrüchtige Kreise berechtigt lange Zeit auf eine Wohnung warten müssen. Dies entspricht nach den Ausführungen des Ministers keineswegs dem Geiste der Wohnungsmangel- und Mieterbeschützungsverordnung.

Zur Erleichterung der Bekämpfung gegenüber dem Auslande war bisher in Briefsendungen nach dem Auslande nur eine Reihe bestimmter Sprachen zugelassen. Diese Einschränkung ist jetzt weggefallen, so daß Briefsendungen nach dem Auslande in jeder beliebigen Sprache abgesetzt sein können.

Entfänger von Militär-Versorgungsbüchsen (Pensionen, Renten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Büchsen am kommenden Hauptabtag — 29. Juli — erinnert. Empfänger, die zur Abholung am Hauptabtag nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Abgabeterminat — Monat August — abzugeben.

Aus dem vieren Stadtkomitee Dienstag abend gegen 10 Uhr der 15jährige Vorbereitungs-Von, als er in der Wohnung seiner Eltern, Strahmannstr. 22, die Jalousie reparieren wollte. In schmerzhaftem Zustande wurde er von der Rettungswache nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht.

Die Vermietung von Lagerplätzen, Speichern, Schuppen usw. ständig im Ansehen der vorliegenden Ausgabe des Eisenbahnverkehrsamt 8 an.

Lichtenberger Wohnhausbauprojekte.

Der immer drückender werdenden Wohnungsnot in Lichtenberg ist die inzwischen von der Stadt errichteten Kleinwohnungen

und Kleinhausbauten nur zum geringen Teil abhelfen. Zwar wurden auf dem südlichen Gelände an der Siegfried- und Botanstraße 120 Kleinwohnungen geschaffen, von denen die eine Hälfte bezogen, die andere im Ausbau begriffen ist. Auch durch die Kleinhausbauten in der Wohlbeide und durch den Ausbau alter Wohngebäude sind mehrere Hundert Wohnungen gewonnen worden, doch konnte hierdurch das Bedürfnis nicht annähernd gedeckt werden. Dazu kommt die immer bedrohlicher anwachsende Arbeitslosigkeit, besonders auf dem Bauplatz, so daß es der Magistrat für erforderlich hält, den Wohnungsbau fortzuführen.

Es sind zwei Entwürfe für die weitere Bebauung des Bezirks nördlich vom Freiaplatz aufgestellt worden. Der eine Entwurf sieht Häuser mit drei und vier Wohngeschoßen und zwischengeschalteten Einzelhäusern vor, der zweite nur drei- und viergeschossige Wohnhäuser. Der Magistrat hat im Einverständnis mit der Baudeputation dem zweiten Entwurf den Vorschlag gegeben. Danach sollen an der Nordfront des Freiaplatzes 4 Häuser errichtet werden, von denen jedes in 4 Wohngeschoßen acht Zweizimmerwohnungen und 6 Einzimmerwohnungen mit Kammer enthält, so daß im ganzen 32 Zweizimmer- und 20 Einzimmerwohnungen mit Kammer geschaffen würden. Diese 4 Häuser werden durch 2 Doppelhäuser flankiert mit zusammen 8 Dreizimmerwohnungen, 16 Einzimmerwohnungen mit Kammer und 40 Einzimmerwohnungen. In dem Untergeschoß der Doppelhäuser sollen, soweit es nicht für Kellerräume benötigt wird, noch 2äden untergebracht werden. Die Gesamtkosten stellen sich auf 4 800 000 M. Der Dauerwert der bebauten Grundstücke ist auf rund 1 270 000 M. errechnet worden, so daß von den Kosten rund 3 530 000 M. ungedeckt sind.

Zunächst ist das Reichsdarlehen und der Beitrag des Wohnungsverbandes beantragt worden. Beide ergeben zusammen 1 210 000 M. Es verbleiben somit noch 2 320 000 Mark, deren Deckung ebenfalls aus Reichsmitteln beantragt werden soll.

Neufällen. Eine Versammlung sämtlicher Neufälliger Elternbeiratsmitglieder der Volks-, Mittel- und Hilfsschulen findet heute 5 Uhr in der Aula Hohenstr. 34/41 statt. Die zur Verhandlung stehende Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Reichs-Konferenz und Elternbeiräte. 2. Bildung eines Ortselternbeirates. Das Referat hat Herr Kreis- und Stadtschulinspektor Kuchel übernommen. Zutritt zu der Versammlung haben nur diejenigen Personen, die sich durch Vorzeigung der amtlichen Ausweisarten als Mitglieder Neufälliger Elternbeiräte legitimieren können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 22. Juli:

2. Abt. 7^{1/2} Uhr Fortsetzung der letzten Mitgliederversammlung bei Schirm, Charlottenstr. 7/8.
Rangsozialistische Vereinigung, Ortsgruppe Eden. 7^{1/2} Uhr im Saal der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Vortrag über „Die Freilandbewegung“. — Ortsgruppe Neufallen. 7^{1/2} Uhr im Jugendheim, Rogatzstr. 53, Vortrag über „Wie das Weltbild entstand“.

Morgen, 23. Juli:

27. Abt. 7 Uhr Sitzung der Funktionäre, Betriebsvertragsleute und Delegierten zum Bezirksrat bei Dobrosilow, Siemensstr. 11, Dönhofsberg. 7^{1/2} Uhr Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Bezirksrat. 2. Beratung des neuen Statuts sowie die Anträge hierzu. 3. Wahl von 11 Delegierten zum Bezirksrat. 4. Verschiedene Vereinsangelegenheiten.

Welshenlee. Das diesjährige Sommerfest findet Sonnabend im Sommertheater, Prenzlauer Promenade 7, statt. Festliches Varietèprogramm, Kinderbelustigungen, Kaffeehaus. Die Genossen der umliegenden Bourgeois sowie des Prenzlauer und Schönhauser Viertels sind herzlich eingeladen.

Jugendveranstaltungen.

Heute 7^{1/2} Uhr:

Lichtenberg. Jugendheim: Rügellstraße 10, Mädchenabend. — Neuenhagen. Jugendheim: Gemeindegasse, Niederbarnimstr. Vortrag: Die Entzuehung der Erde. — Schönhauser Vorstadt I. Jugendheim: Schule, Sonnenburger Str. 20, Mädchenabend. — Schönhauser Vorstadt II. Jugendheim: Altkönigstr. 22/23A, Gemeindegasse, Pappelallee 41/42, Mädchenabend. — Schwetzer. Zentralheim: SS. 68, Lindenstraße 3, Diskussion über letzte Arbeiterjugend. — Steglitz-Neichenow. Jugendheim: Gemeindegasse, Lindenbühlstr. Vortrag: „Die Sklaverei“. — Tegel. Jugendheim: Bahnhofsstr. 15, Mädchenabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schleier-Verein Nabezahl, Charlottenburg. Sonntag: Ausflug nach Fichtelsender, Fische hinter Restaurant Freund. Bei schlechtem Wetter: Versammlung Keller-Friedrich-Str. 6A. — Feinmattene Oberkiesler. Ortsgruppe Nord-Ost. Freitag abend 7^{1/2} Uhr im großen Saal der Brauerei Böhm, Prenzlauer Allee 242/247; Monatsversammlung.

Aus aller Welt.

Gräffener in Stockholm. Wie die „Berlingske Tidende“ aus Stockholm meldet, ist dort in einer Vorstadt ein großer Brand ausgebrochen. Ein Siegelwerk und drei Häuser sind niedergebrannt. 20 Familien, im ganzen 100 Personen, sind obdachlos.

Sport.

Das Gut Neuhof ist vom Verein für Hindernisreiten an den Rennhalsbesitzer B. Wand-Magdeburg verkauft worden. — Referat und Orlog wurden von dem Stall Feing Stahl käuflich erworben.

Bessere Bäder für Schwimmvereine. Wegen einer Erhöhung der Bäderpreise wendet sich eine besondere Verfügung des Reichsministers für Volkswohlfahrt und des Finanzministers an die Regierungspräsidenten. Eine Reihe von Gemeinden hat neuerdings die Preise in ihren Schwimm- und Badeanstalten wesentlich erhöht. Die Tätigkeit der Schwimmvereine ist aber von großer Bedeutung für die körperliche Erziehung unserer Jugend. Es ist zu befrachten, daß diese Wirksamkeit durch die Preissteigerung wesentlich eingeschränkt wird. Der Minister bezeichnet es deshalb erwünscht, das Schwimmen im Dienste der Jugendpflege durch Preisermäßigung zu fördern. Trug der Finanzlage der einzelnen Gemeinden soll in diesem Sinne auf diese in geeigneter Weise eingewirkt werden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wieder höhere Schulpreise! Auf Grund der jetzt ausliegenden Lieferpreise muß die Schulpreise entsprechend zum Herbst mit Preiserhöhungen herauskommen, welche höher sind als die Preise, welche heute im Kleinhandel gefordert werden. Unter diesen Umständen bietet der gegenwärtige Salomon-Ausverkauf der Firma Reiter mit seinen außerordentlich vorteilhaften Angeboten von Schulpapier vorzüglicher Qualität eine letzte Gelegenheit, sich mit Schulpapier zu außerordentlich günstigen Preisen einzudecken.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Heißlich warm, zeitweise heiter, jedoch überwiegen bewölkt und im Norden, besonders an der Küste, vorübergehende leichte Regenfälle.

Die Ausschußberatung.

Der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten beendete gestern in mehr als vierstündiger Debatte seine Aussprache über die Verhandlungen von Spa. Spa'n (3.) äußerte in der Einmarschfrage einen starken Bessimismus, da werde sich eben die Macht durchsetzen, ungeachtet des deutschen Rechtsstandpunktes. Stresemann (D. Sp.) wies die Einigkeit von Unternehmern und Arbeitern auf der Konferenz und nahm Stinnes kräftig in Schutz, namentlich auch gegen den Vorwurf, daß er mit dem Gedanken des Einmarsches spiele. Die Großindustrie sei gegen jeden Separatismus. Schiffer (3.) wünschte in der Einmarschfrage den Rechtsstandpunkt noch kräftiger vertreten zu sehen, wenn auch die Macht entscheide, so seien doch die moralischen Kräfte nicht zu unterschätzen. Nicht Verfassung, sondern Entwaffnung des Proletariats müsse jetzt die Lösung der Unabhängigen sein, wenn sie das Abkommen von Spa loyal erfüllt sehen wollten. Die Neutralitätserklärung sei eine Heiligung der Tatsache, daß wir mit Sowjetrußland in Frieden leben.

In der zweiten Reihe der Redner sprachen dann noch Weisner (3.), Breitscheid (U. Soz.), Stampfer (Soz.), Hoersch (Dnat. Sp.), v. Versner (D. Sp.) und Toni Senders (U. Soz.). Genosse Stampfer wendete sich entschieden gegen die Behauptung Breitscheids, eine Verlängerung der Arbeitszeit, vor der im übrigen auch er warnen müsse, würde die Ruhrbergleute gegen den Einmarsch gleichgültiger machen; er verweise auf die Erfahrungen in den Grenzgebieten, wo die Arbeiter gezeigt hätten, daß sie als Sozialisten für die Notwendigkeit, die Einheit der Nation zu wahren, volles Verständnis hätten. Als stärksten Gegenstab gegen die Einmarschdrohung empfahl er die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Auch der Reichskanzler Fehrenbach machte noch einige Bemerkungen, in denen er sich mit den bekannten Argumenten gegen den Vorwurf wandte, die deutsche Delegation habe die Behandlung der Militärfrage als ersten Punkt der Tagesordnung voraussetzen müssen. Aus der weiteren Debatte ist noch hervorzuheben, daß Toni Senders erklärte, die Unabhängigen seien nicht nur gegen den neuen Einmarsch, sondern gegen die Befehle überhaupt.

Das Votum im Ausschuß läßt erwarten, daß die Regierung im Reichstag zwar Kritik an Einzelheiten, aber doch eine ziemlich allgemeine Billigung ihrer Haltung in Spa zu erwarten hat.

Den Schluß bildete eine Rede des Außenministers Simons, die wir ausführlicher wiedergeben.

Reichsminister Simons.

Ich war davon überzeugt, daß Spa nicht anderes werden könne als eine Fortsetzung von Versailles. Es ist aber irrig, anzunehmen, daß durch die getroffenen Verfügungen unsere Lage gegenüber dem Friedensvertrag wesentlich verbessert worden ist. Es sind eben schon vorhandene Verfügungen durch andere ersetzt worden. Die Reduktion des Deeres ist erst nach 6 Monaten zu vollenden, die Entwaffnung

in 8 Monaten. Die Kohlenmenge ist gegen den Friedensvertrag vermindert. Aber zur Zufriedenheit besteht kein Grund. Ich meine nicht, daß durch stärkere Förderung der Braunkohle und durch Bekämpfung des Schiebertums alles erreicht werden kann, es ist nur ein Mittel, die Spannung zu vermindern.

In der Einmarschfrage war mit Rechtsmittelreien nichts zu machen. Wer die Macht hat, einen Vertrag aufzuerlegen, hat auch die Macht, ihn auszuführen. Der Rotenwechsel Clemenceau-Leroyer hat auch keine ganz klare Lage geschaffen. § 18 war geltendes Vertragsrecht. Nur durch Anerkennung des Vertrags war ein Näherkommen möglich. Gegen jede Einmarschdrohung haben wir uns gewehrt, wir haben die Unterzeichnung dieser Drohung abgelehnt. Beim ersten Protokoll hat Lloyd George anerkannt, daß die Unterschrift für die Einmarschklausel nicht gilt. Beim zweiten haben wir die Reserve des Punkt 7 gemacht. Ich habe dem Präsidenten gesagt: „Sie können nicht von uns verlangen, daß wir uns eine Oberseige geben lassen und nachher erklären, es sei keine gewesen.“

Die Gegner sind zum Teil selbst in einer sehr schweren Lage und darum auf Erfüllung des Friedensvertrages angewiesen. Deswegen braucht man noch nicht anzunehmen, daß sie Deutschland vernichten wollen. Ich mache in dieser Beziehung zwischen Lloyd George und Millerand keinen Unterschied. Wenn die Welt einsehen wird, daß ein so gefehltes Deutschland kein Gewinn für sie ist, so wird das für uns ein Erfolg sein. Daß Stinnes es darauf anlegt, es zur Befreiung kommen zu lassen, das glaube ich nicht. Er war der Meinung, daß die Alliierten das Ruhrrevier, falls sie es besetzen sollten, nicht lange halten können. Die Rede des Herrn Stinnes habe ich mir ebenwomöglich zuvor vorlegen lassen wie die des Herrn Due, das hätten sich die Herren nicht gefallen lassen. Ich habe aber zu Herrn Stinnes gesagt:

„Sprechen Sie nicht über militärische Fragen!“

Er hat es doch getan, und durch die Art, wie er es tat, hat er seinen Wert als Unterhändler in künftigen Verhandlungen mit Frankreich stark herabgesetzt. Die Neutralitätserklärung bedeutet, daß wir mit Polen und Rußland in Frieden leben wollen. Russische oder polnische Truppen, die deutsches Gebiet betreten, werden wir entwaffnen. Wir müssen daher eine Ordnung einrichten. Die Abstimmungsgebiete gehören noch zu Deutschland, unsere Truppen müssen auch dort die Grenze schützen. Frankreich steht im Krieg mit Rußland, französische Truppen würden, wenn sie mit russischen in Fällung treten würden, mit ihnen kämpfen und den Krieg nach Deutschland tragen. Im Kriegsfall mit der Entente ist Deutschland das gegebene Aumarischgebiet. Als solches wird es sich aber nicht mißbrauchen lassen. Ein Durchmarschversuch wäre ein Völkerrechtsbruch.

Mit einem positiven Programm konnten wir nicht kommen, solange wir nicht wußten, wie man uns in Spa behandeln wollte. Lloyd George hat uns versprochen, die Vorläufe würden uns zu so günstigen Bedingungen gegeben werden, wie wir sie am offenen Markt niemals finden würden. Die Offener Kommission hat nur informative nicht exklusive Befugnisse. Frau Sender möchte ich sagen: Einer Revolution der Geister werde ich nie entgegenreten. Wenn aber eine Partei die verfassungsmäßige Regierung mit Gewalt zwingen will, zurückzutreten, dann hat diese Regierung allerdings die Pflicht, der Gewalt mit Gewalt entgegenzutreten. Ich hoffe, daß jene Kreise, die noch aus Furcht vor den anderen Waffen behalten, bald das Vertrauen zur Regierung gewinnen, daß sie alle Störungen des inneren Friedens von rechts wie von links abzuwehren imstande sein wird.

Nach seinem Urteil sind die beiden Protokolle über die Entwaffnung und über die Kohlenfrage für Deutschland vorteilhaft im Vergleich zum Urtext des Vertrages. Man hätte von Deutschland die südlöse Ausführung verlangen müssen, wenn man gewollt hätte wie die Regierung, der er angehört habe. Die Kohlenlieferungen seien auf 48 Proz. herabgesetzt worden. Es habe eine Kontrollkommission in Berlin gegeben; sie sei niemals durch gemeinsame Handlungen der verbündeten Regierungen unterstützt worden. Tardieu behauptet, daß man den Deutschen in der Frage der Kriegsschuld nachgegeben habe und daß man sogar Verhandlungen über den Beitrag der Entschädigungssumme führen will. Der Vertrag sehe vor, daß die Deutschen in die Beratungen der Alliierten nicht eingreifen hätten. Eine Revision des Vertrages sei erwünscht, wenn sie für Frankreich vorteilhaft sei. Tardieu verliest Johann Statistiken, um festzustellen, daß die industrielle Produktion Deutschlands durch den Krieg fast gar nicht gelitten habe. (2) Die Behauptung, die wirtschaftliche Produktion Deutschlands sei die Grundlage der Prosperität der Welt, sei ein Sophismus, wenn man auch die Prosperität Frankreichs verlangt. (Maurice Parrot ruft dazwischen: Zuerst!) Tardieu fährt fort: In der Kammer müsse festgestellt werden, daß Deutschland zahlen könne. Tardieu verlangt schließlich, daß man Hugo Stinnes, der die Kländerungen von Nordfrankreich und Belgien organisiert habe, in Spa habe zu Wort kommen lassen. Loucheur habe sich geweigert, mit Worten von der Bank zu sprechen. Der Ministerpräsident habe getan, was er pflichtgemäß in Spa geglaubt habe tun zu müssen, und er, Tardieu, habe seine Pflicht getan, indem er seine Stimme gegen die Revision des Friedensvertrages erhoben habe. Die Kammer müsse nun ihre Pflicht erfüllen. Die Sozialisten brachten sofort eine Interpellation ein, die Millerand verliest. Nach kurzer Unterbrechung ergriß sodann der Sozialist Blum das Wort.

Blum erklärte ebenso wie Tardieu, daß man in Spa den Friedensvertrag revidiert habe. Man hätte von Deutschland 20 Millionen Tonnen verlangen sollen als Ersatz für die Kohlen, die die zerstörten Gruben nicht liefern könnten, aber zum Preise der französischen Kohle. Jetzt aber müsse Frankreich für die Tonne anfangs 90 Frank 100 Frank bezahlen. Das sei ein schlechtes Mittel, Deutschland zu helfen, wenn man den französischen Konsumenten der billigen Kohle und den französischen Steuerzahler der deutschen Zahlungen beraube. Die Zustimmung Englands habe man zu teuer erkaufte.

Ministerpräsident Millerand antwortete Tardieu und Blum: Frankreich verlange nun die Mittel zum Arbeiten, deshalb habe man geglaubt, man müsse vor allen Dingen die Kohlenlieferungen sicherstellen. Wenn es einen Menschen gäbe, der den heißen Wunsch hätte, daß die Befreiung des Ruhrgebietes niemals notwendig werde, so sei er es. Er arbeite aber auch daran, aus dem Vertrag ein wirkliches Instrument zu machen und aus dem Frieden eine Sache, die ihrer Bestimmung entspreche. Die von ihm in Spa erzielten Ergebnisse seien hinter seinen Hoffnungen zurückgeblieben, aber er möchte wissen, wie man zu einem besseren Ergebnis hätte kommen sollen. Wenn die Verfasser des Friedensvertrages bessere Methoden wählten, dann sei er bereit, ihnen keine Stelle abzutreten. In dem Kampf, den man tatsächlich führen müsse, verlange er das Vertrauen des Parlaments.

Loucheur erklärte, er sei sehr beunruhigt von der Meinung, die die Verhandlungen in Spa genommen hätten. Er sehe darin einen Vorgang, der zu einer Finanzkrise führen könne. Er begründet dies des näheren und erklärt schließlich, daß alle Klauseln der Abmachungen von Spa für Frankreich ungünstig seien. Es sei nicht möglich, die Entschädigungssumme, die Deutschland für die Pensionen und Wiedergutmachungen zahlen müsse, herabzusetzen. Wenn Frankreich nicht die Milliarden erhalte, müsse der französische Steuerzahler sie bezahlen.

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Le Troquer, bezweifelte die Richtigkeit der Zahlen, die Loucheur vorgebracht. Es kommt deshalb zu einer Auseinandersetzung zwischen beiden. Schließlich wird, wie bereits gemeldet, nach einer kurzen Erklärung des Finanzministers Ruffat dem Ministerium das Vertrauen mit 400 gegen 152 Stimmen ausgesprochen. Die einfache Tagesordnung wurde vorher, nachdem sie die Regierung zurückgewiesen hatte, mit 457 Stimmen gegen 152 Stimmen abgelehnt. Um 8 Uhr war die Sitzung zu Ende.

Bela Khun zurück nach Oesterreich.

Der extraterritoriale Transport.

Berlin, 21. Juli. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Die österreichische Regierung steht mit Sowjet-Rußland in Verhandlungen über den Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen. Sie hat daher vor kurzem die Reichsregierung ersucht, die noch in Oesterreich internierten Kriegsgefangenen Russen durch Deutschland nach Rußland zurückzuführen zu dürfen. Die deutsche Regierung hat ihre Zustimmung dazu erteilt. Nunmehr ist ein Transport von 108 Männern und 8 Frauen über Badenbach nach Stettin geführt worden. Dort machte der österreichische Offizier, der den Transport führte, die Mitteilung, daß sich hochpolitische Persönlichkeiten bei dem Transport befänden. Schon vorher war durch das österreichische Konsulatsbüro verbreitet worden, daß Bela Khun mit mehreren Begleitern nach Deutschland abgeführt worden sei.

Da die deutsche Regierung auf eine gelegentliche Anfrage des österreichischen Gesandten in Berlin ausdrücklich erklärt hatte, daß ihre Zustimmung sich nur auf den Durchtransport von Kriegsgefangenen bezöge und wir es grundsätzlich nicht gestatten könnten, daß andere Personen, insbesondere politische Verfolgte wie Bela Khun, dem Transport angeschlossen würden, mußte der Transport in Stettin angehalten werden. Nach den Regeln des Völkerrechts war der unter österreichischer Leitung und Bewachung stehende Transport als extraterritorial anzusehen. Eine Abänderung der politischen Persönlichkeiten von dem Kriegsgefangenen stand der deutschen Behörde nicht zu. Vielmehr mußte der ganze Transport, weil er gegen die Vereinbarung zusammengefaßt war, nach Oesterreich zurückgeleitet werden. Die Rückführung des Transportes ist bereits im Gange.

Die deutsche Regierung behauptet, daß infolge des Vorgehens der österreichischen Regierung die Heimkehr der russischen Kriegsgefangenen verzögert wird; sie wird die Heimkehr dieser Gefangenen mit erhöhter Beschleunigung bewirken, sobald die österreichische Regierung ihr nachweist, daß der erzwungene Transport der Vereinbarung entspricht.

Der Frankfurter Gasarbeiterstreik beendet. Nach längeren Verhandlungen beschlossen Mittwoch die ausländischen Gasarbeiter mit großer Mehrheit, die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen. Forderungen und Lohnverfügungen werden nicht vorgenommen. Ueber die gestellten Ansprüche, namentlich Beschäftigungsbeiträgen, soll in Verhandlungen eingetreten werden.

Millerand, das kleinere Uebel!

Die Stellungnahme der französischen Sozialisten.

Die Spa-Debatte in der französischen Kammer hat gezeigt, daß außer den Sozialisten noch eine ansehnliche Zahl von Bürgerlichen mit der Haltung Millerands auf der Konferenz und mit den Ergebnissen, die er zurückbringt, sehr unzufrieden ist. Lloyd George gegenüber hatte Millerand wiederholt seine Unnachgiebigkeit damit begründet, daß er gerade in der Kohlenfrage im französischen Parlament und in der französischen öffentlichen Meinung auf einen sehr starken Widerstand stoßen würde, wenn er, sowohl was die Menge, wie auch, was den Preis angeht, zu weitgehende Konzessionen machen würde. Auch innerhalb der deutschen Delegation, die von diesen Einwänden Kenntnis erhielt, verhehlte man sich nicht, daß Millerand das kleinere Uebel für Deutschland sei im Vergleich zu den Politikern, die aus Rußland kämen, falls er wegen seiner vermeintlichen Mißerfolge in Spa gestürzt werden würde. Es ist zwar dies für uns ein magerer Trost, aber der Verlauf der Debatte im Palais Bourbon und das Abstimmungsresultat zeigen, daß diese Argumente Millerands aufrechtig waren und daß es tatsächlich in Frankreich einflußreiche politische Gruppen gibt, die auch in den geringen Zugeständnissen Frankreichs in Spa ein Zeichen von Schwäche erblickten und sogar von einer eingeleiteten „Revision“ des Versailler Vertrages reden. Normaldenkende Menschen verstehen zwar unter Revision doch etwas anderes, als die Abänderungen von offenkundigen Unmöglichkeiten in höchst zweifelhaften Möglichkeiten, von denen Sachverständige sowohl des kapitalistischen, wie auch des proletarischen Lagers behaupten, ihre Durchführung werde die Lahmlegung eines großen Teiles der deutschen Industrie, die Steigerung der Arbeitslosigkeit in ungeheurem Maße, ja vielleicht das wirtschaftliche und politische Chaos in Deutschland zur unabweidlichen Folge haben.

Gegenüber den Poincaré, Tardieu und Loucheur, die mit blindem Fanatismus an dem Buchstaben des Versailler Vertrages festhalten, müssen wir uns also, so bitter ironisch dies auch klingen mag, einweisen mit Herrn Millerand zufriedengeben und das Ergebnis von Spa dahin zusammenfassen, daß es womöglich hätte noch schlimmer kommen können.

Eigenartig war in dieser Spa-Debatte die Stellungnahme der französischen Sozialisten, deren Sprecher, Genosse Leon Blum, den französischen Ministerpräsidenten, ähnlich wie die bürgerlich-nationalistischen Oppositionsredner deshalb angriff, weil er in der Preisfrage Deutschland und England zu weit entgegengekommen sei. Leon Blum, der übrigens einer der fähigsten Köpfe der französischen Partei ist und gegenwärtig während der Abwesenheit von Cachin, der sich bekanntlich in Moskau befindet, an dessen Stelle die „Humanität“ leitet, hatte diese Kritiken bereits in zwei Artikeln der „Humanität“ vom 17. und vom 18. d. Mts. entwickelt. Er hatte sogar im ersten dieser beiden Artikel bemängelt, daß die Kohlenschuld Deutschlands von 45 Millionen Tonnen jährlich, wie sie im Friedensvertrag festgelegt ist, auf etwa die Hälfte herabgesetzt worden sei. Er hatte ferner mit Erbitterung festgestellt, daß Frankreich für die deutsche Kohle einen weit höheren Preis würde bezahlen müssen als bisher. Es ist

richtig, daß das Kohlenabkommen von Spa Frankreich schwere finanzielle Lasten auferlegt, und daß gerade die ärmere Bevölkerung davon empfindlich getroffen sein wird. Es ist also vom Standpunkt der oppositionellen Propaganda um jeden Preis, wie sie die französischen Sozialisten gegen die Regierung zu führen gezwungen sind, sehr verlockend, in dieselbe Kerbe zu schlagen wie Herr Loucheur und Herr Tardieu. Aber die französischen Sozialisten müßten ja wissen, daß das Versailler Dokument, das sie sonst so mutig bekämpfen und dessen Revision sie fordern, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet ganz unmögliche Dinge von Deutschland verlangt und daß namentlich die 45 Millionen Tonnen zu diesen Unmöglichkeiten gehören. Sie müßten ferner wissen, daß die Abgabe der deutschen Kohle zum Weltmarktpreis die einzige Möglichkeit für Deutschland bedeutet, sich aus seiner ewigen Schuldnenschaft langsam herauszuarbeiten und erschwingliche Lebensmittel für seine arbeitende Bevölkerung zu beschaffen. Sie müßten endlich berücksichtigen, daß selbst jene Bedingungen von Spa, die sie als zu milde kritisieren, Deutschlands Zukunft auf das schwerste bedrohen und namentlich die deutsche Vergarbeitschaft zwingen werden, weit über die von der Gewerkschaftsinternationale vereinbarte Arbeitszeit hinaus bei trostlosen Ernährungsverhältnissen für die ganze Welt zu schaffen.

Wo kämen wir hin, vom sozialistischen und internationalen Standpunkt betrachtet, wenn jede Angriffsmöglichkeit gegen die Regierung wahllos ausgenutzt würde, ohne Rücksicht darauf, ob man nicht damit letzten Endes in die Hände der kapitalistisch-imperialistischen Scharfmacher vom Schläge der Poincaré und Loucheur arbeitet und zur weiteren Verflattung des Proletariats eines besiegten Landes beiträgt?

Das Vertrauensvotum für Millerand.

Paris, 21. Juli. Die Tagesordnung, mit der die Kammer der Regierung das Vertrauen aussprach, lautet: Die Kammer genehmigt die Erklärung der Regierung, vertraut auf die energische Vertretung der materiellen und moralischen Interessen Frankreichs in Verbindung mit seinen Verbündeten, weist jeden Zusatz zurück und geht zur Tagesordnung über.

Aus der Kammerführung ist nachzutragen: Millerand schloß seine Rede, indem er ausführte: Niemand sei so sehr als er überzeugt, daß diejenigen, die die Friedensverhandlungen geführt hätten, mit weniger Anstrengung Zwangsmaßnahmen in den Vertrag hätten einführen können, bevor er unterzeichnet worden sei. Er habe durch seine Beharrlichkeit und durch die Befestigung der Tatsachen erreicht, daß die Alliierten sich verpflichtet hätten, das Ruhrgebiet zu besetzen, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt seien. Er habe gehandelt im vollen Einverständnis mit dem Parlament und mit der öffentlichen Meinung. Man müsse jetzt auf diesem Wege fortfahren, und in diesem Geiste müsse man schließlich Frankreich die Wiedergutmachungen sichern, die bis jetzt versprochen seien, und diese Verpflichtung in Realitäten verwandeln. (Starker Beifall, Widerspruch links.)

André Tardieu erklärte, er sei mit mehreren seiner Freunde der Ansicht, daß man in Spa mit der Revision des Friedensvertrages begonnen habe, während der Ministerpräsident angekündigt hätte, er wolle dessen Ausführung sicherstellen.

Gewerkschaftsbewegung

Klassisch.

Am 2. 5. 20 riß sich auf dem Rhein-Herne-Kanal ein dem Kanalbauamt gehörender Prähm durch den starken Sturm von seinem Liegeplatz los und trieb auf andere liegende Fahrzeuge zu. Beim Zusammenstoß mit denselben wäre voraussichtlich der treibende Prähm und die Fahrzeuge havariert und evtl. gesunken. Bis zur Entfernung der gesunkenen Fahrzeuge hätte der Verkehr auf dem Kanal ruhen müssen, jegliche Schifffahrt wäre unmöglich gewesen. Die Schiffer R. und A. hatten den Vorgang bemerkt und verhinderten durch sofortiges Eingreifen nicht nur die Havarien, sondern auch die weiteren Schäden. Daß ihre Arbeit nicht so leicht war, beweist das zerrissene Zeug des einen Schiffers; die Leute selbstverständlich an den Eigentümer des Prähms, die Kanalbauverwaltung, den Antrag auf Bezahlung der zerrissenen Kleider und forderten weiter eine Entschädigung. Genau 2 Monate später erhielten die Schiffer folgende klassische Antwort:

Wasserbauamt
Wesf.-R. 1 4484 Duisburg-Weiderich, 10. Juli 1920.
An den Schiffer Herrn J. Rabs,
Dabrg., Wanheimerort.

Auf Antrag v. 11. Mai d. J.

Wie ich Ihnen bereits mündlich erklärt habe, kann ich Ihnen die geforderte Entschädigung von M. 500.— nicht gewähren, da die Forderung rechtlich und hinsichtlich ihrer Höhe in keiner Weise begründet ist. Wenn Sie sich veranlaßt fühlen, den treibenden Prähm festzulegen, so ist das anzuerkennen. Ich bin auch bereit, Ihnen und dem Motorien Himmel, welcher Ihnen gebolten hat, die aufgewendete Arbeitszeit nach dem Lohnsatz für die Wasserbauarbeiter zu vergüten, eine weitere Entschädigung kann ich Ihnen jedoch nicht zugestehen. Da nach Ihrer eigenen Angabe der Tag, an welchem Sie den Prähm treibend vorfanden, ein Sonntag war, die Schifffahrt also ruhte, so war keine Gefahr im Verzuge. Sie hätten auf ihre Sonntagskleidung Rücksicht nehmen und die Kleidung wechseln müssen, bevor Sie Ihren Entschluß, den Prähm zu sichern, zur Ausführung brachten. War das unter den vorliegenden Umständen nicht angängig, oder wollten Sie sich dieser Mühe nicht unterziehen, so hätte es genügt, wenn Sie die Schiffer der Röhne, auf welche der Prähm zutrieb, aufmerksam gemacht hätten. Diese hätten den Prähm im eigenen Interesse aufgefangen und festgemacht, ohne eine Forderung zu stellen.

Uebrigens fällt es auf, daß ein Schiffer bei einer so einfachen Dienstleistung, wie Sie verrichtet haben, sich gleich die Hofe gerrecht.

Ich erlaube Sie um Mitteilung, wieviel Stunden Sie und Ihr Kollege zum Festlegen des Prähms aufgewendet haben. Die Vergütung pro Stunde beträgt
8,30 und 50 Proz. und 0,80, auf 5,75 M.
gez. Bezirks-Regierungsbaurat.

Diese Antwort zeugt so sehr von bürokratischem Geist, daß deren Wirkung auf den Leser durch eine kritische Bemerkung geradezu abgemindert würde.

Die in Reichs- und Staatsverwaltungsbetrieben beschäftigten Lohnempfänger nahmen in einer vom Deutschen Transportarbeiterband nach dem Königsplatz-Kasino einberufenen, stark besuchten Protestversammlung folgende Resolution einstimmig an:

Die versammelten im Transportarbeiterverband organisierten Lohnempfänger der Reichsbetriebe und Verwaltungsbehörden erheben schärfsten Protest gegen die unverantwortliche Verschleppung ihrer Lohnverhandlungen. Die von dem Arbeitsministerium vorgebrachten Gründe, daß wegen des noch nicht abgeschlossenen Eisenbahntarif die Verhandlungen noch nicht ausgenommen werden könnten, können die Versammelten nicht anerkennen. Sie lehnen es ab, daß der Gestaltung ihres Lohnabkommens Verhandlungen ausschlaggebend zugrunde gelegt werden sollen, an denen sie nicht beteiligt sind. Sie fordern daher künftig eine Verhandlungsgemeinschaft aller Reichs- und Staatsarbeiter, um so der Gegenseite das angenehme Argument zu nehmen, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Des weiteren protestieren die Versammelten gegen die zweifelhafte Haltung der Regierungsmitglieder, welche eine weitere Vereinfachung von Mitteln für die Reichs- und Staatsarbeiter glauben ablehnen zu müssen. Die Organisationsvertreter werden verpflichtet, sofort Schritte zu unternehmen, um Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen unersäglich in die Wege zu leiten.

Streik im Lebensmittel-Einzelhandel.

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Die „Arbeitszeitschrift der Kolonialwarenhandlung“ vom 18. Juli beschäftigt sich in einem zwei Spalten langen Artikel mit den Lohrkämpfen. Die gegen uns gerichteten Angriffe sind so lächerlich, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Die Gewerkschaftskommission und auch das Ortskartell der Afa haben bis jetzt noch keinen Boykott beschlossen, da nach unserer Ueberzeugung die Arbeitgeber schon früher den Schiedsspruch anerkennen werden, daß

wir zu diesem Mittel nicht mehr greifen brauchen. Die ablehnende Begründung der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches seitens des Demobilisationskommissars lautet: Nach der ständig von mir vertretenen Auffassung können Schiedssprüche, durch die ein Tarifvertrag festgelegt wird, nur dann für verbindlich erklärt werden, wenn die im Schiedspruch getroffene Regelung zweifellos der Billigkeit entspricht und wenn weiter ein behördliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerlässlich ist. Diese beiden Voraussetzungen sind aber im vorliegenden Falle nicht gegeben. Es sei dieser Begründung gegenüber die Frage erlaubt: Gehört ein Kampf in den Lebensmittelgeschäften nicht zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens? Uns denkt, daß diese Begründung an den Haaren herbeigezogen worden ist. Der Syndikus des Reichsverbandes Deutscher Fernostkaufleute, Herr Dr. Otto, erklärte gestern den Angestellten bei der Firma Zamatsche: „Der Arbeitgeberverband wird dafür Sorge tragen, daß die Angestellten, die Donnerstag früh in den Streik treten, gefoltert werden und man auch Mittel und Wege finden wird, diese Angestellten unmöglich zu machen.“ Wenn man uns heute schon mit schwarzen Listen droht, so hat das konsumierende Publikum allerdings in diesem Kampfe eine viel bessere Waffe in Händen, und man wird sich in Zukunft diejenigen Arbeitgeber auch etwas genauer ansehen, welche die gerechten Forderungen ihrer Angestellten glattweg abgelehnt haben. Am Donnerstag, vormittags 10 Uhr, wird der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission zum Boykott Stellung nehmen.

Bevollzugsreform in der R. f. A.

Die Angestellten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte nahmen gestern nachmittag zur Bevollzugsreform Stellung. Als erster Redner nahm Reg.-Rat Dr. Landmann das Wort, um ungefähr folgendes auszuführen:

Die Reichsbevollzugsordnung ist für die Beamten der R. f. A. der Grundstein zur Bevollzug.

Daß es zwischen der Beamtenschaft und dem Direktorium zum Bruch gekommen ist, bedauere ich in ihrem Interesse. Die Maßregelungen sind durch Beschluß des Direktoriums rückgängig gemacht worden. (Zuruf: Das ist selbstverständlich!) Die Disziplinarverfahren gehen weiter. (Zuruf: Unerbört, Streik!) Die Vorschläge der Beamtenschaft kamen zu spät in die Hände des Direktoriums; es mußte rasche Arbeit geleistet werden. (Ein halbes Jahr lang.) Ich habe Tag und Nacht gearbeitet. (Lachen.) Das engere Direktorium, welches gestern tagte, hat nun beschlossene Sache dem am 28. 7. tagenden erweiterten Direktorium vorzuschlagen (Verschleppungsmanöver): Die exp. Sekretäre kommen in Klasse 7 der Reichsbevollzugsordnung; die Assistenten werden dieselben vorgezogen und sollen erhalten: in den ersten 2 Jahren 5400.—, in den nächsten 2 Jahren 5600.— pro Jahr und im 5. Jahr 5700.— M. Grundgehalt. (Großer Lärm.) Die unteren Beamten kommen in die Klasse 1, 2 und 3 des Reichs entsprechend der Reichsbevollzugsordnung. (Widerspruch.) Die unständigen Hilfskräfte werden nach dem Reichstarif für Angestellte bezahlt. Bedenken Sie, daß es auch im Direktorium Männer mit weichfühlem Herzen gibt. Hoffentlich ziehen jetzt nun wieder Ruhe und Arbeitsfreudigkeit ein. (Lachen.)

Der Gewerkschaftsvorsitzende Lischer lehnte diese Bevollzugsreform ab, da sie keine Besserung bringt, ab. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen!) Schmidt glaubt ohne Gewalt nichts erreichen zu können, wenn man sich vorstellt, daß Männer mit weichfühlem Herzen 82 Pf. pro Tag Zulage gewähren. Lischer bedauert, daß das Direktorium so wenig soziales Verständnis zeigt. Schirmer schlägt vor, wenn man durch die Reichsbevollzugsordnung keine Besserung in der wirtschaftlichen Lage der Unterbeamten erzielen kann, solle man einen Unterstützungsfond schaffen, von welchem monatliche Zulagen gewährt werden.

Im Anschluß an diese Betriebsversammlung ergreift Lischer als Gewerkschaftsvorsitzender das Wort und führt aus, daß man sich nicht in den Streik hegen lassen solle, man müsse ihn aus tatsächlichen Gründen ablehnen, aber man solle sich noch einige Tage gedulden und zusammenhalten, dann läge es in der R. f. A. anders aus.

Eine Härte gegenüber den Justizkanzlei-Beamten.

Durch Verfügung des Justizministers vom 17. 1. 20 — I. 9828 v. 17. 6. 20 — ist angeordnet, daß den Beamten der im Juni 1920 gezahlte Vorkauf von 600 M. auf die Dienstbezüge für Juli, August, September und Oktober 1920 anzurechnen ist. Wie uns aus den Kreisen der Justizkanzlei-Beamten berichtet wird, müssen die in Frage kommenden Beamten, wenn dieser Abzug nicht noch in letzter Stunde inibidiert wird, 3 Monate lang mit einem Einkommen von 5—600 Mark monatlich ihr Dasein fristen. Es liegt auf der Hand, daß dies den wirtschaftlichen Ruin der betr. Beamten herbeiführen muß. Die Arbeitsfreudigkeit wird durch derartige unsoziale Maßnahmen auf ein Minimum herabgedrückt, zumal nach dem preussischen Bevollzugsdienstleistungsgesetz diese Beamten gegenüber anderen Beamtengruppen insofern erheblich zurückgesetzt worden sind, indem die als Hilfsarbeiter und Kanaleigenen, bis zu 18 Jahren be-

tragende Dienstzeit, bei der Festsetzung des Dienstbevollzugsalters völlig außer Betracht geblieben, diese Zeit also nutzlos im Staatsdienst zurückgelegt worden ist.

Ein Verbandstag des Eisenbahn-Assistenten-Verbandes fand am 19. und 20. Juli in Kassel statt. Die Tagung stand unter dem Eindruck einer großen Unzufriedenheit, die sich aus der Bewertung der Eisenbahn-Assistenten in der Bevollzugsordnung ergeben hat. Als Ausfluß dieser Stimmung wurde eine Entschädigung ein- gestellt in Höhe von 1000 M. pro Assistentenklasse in der einzelnen Ländern und die Assistentenklasse bei der Finanzverwaltung und des Reichs in die Sekretärklasse überführt und die Lehrer in Klasse 7 eingestuft worden sind, die preussischen Eisenbahn-Assistenten zurückgeblieben sind. Der Eisenbahn-Assistenten-Verband erhebt erneut seine seit Jahren vertretene Forderung, mit den gleich zu achtenden Beamtengruppen des Reichs und anderer Ressorts gleichgestellt zu werden und ersucht die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter, diese Forderung mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu verwirklichen. Durch die vor kurzem erfolgte Gründung der Reichsgewerkschaft, der der Verband angeschlossen ist, wurde ferner der Antrag angenommen, daß der Eisenbahn-Assistenten-Verband mit einigen weiteren Verbänden sich zu der Hochgewerkschaft der nichttechnischen Eisenbahnbeamten zusammenschließt. Eine ganze Reihe Anträge, die sich mit der Personalreform und der Bevollzugsordnung befassen, wurde behandelt und der Reichsgewerkschaft, sowie dem Vorstande zur weiteren Bearbeitung übergeben.

Gewerkschaft Angestellte der Kriegerorganisationen! Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 21. Juli 1920 mußten wegen Nichternehmens des Vertreters des Reichsfinanzministeriums bis zum Mittwoch, den 23. Juli 1920, vertagt werden. Die angekündigte Verhandlung findet deshalb erst am Freitag, den 30. Juli, im selben Lokal statt.

Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft, Oberschöneweide. Die Arbeit wird heute in vollem Umfange aufgenommen.
Der Arbeiterrat.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, Sektion 1.

Betriebsräte, Telegraphie zur örtlichen Generalversammlung und Mitglieder der Branchenvereinigungen. Heute Donnerstag, abends 7 Uhr, in der Zentral-Kassette, Alte Jakobstr. 32: Kombinierte Sektionsversammlung.

Vorrede der Transportarbeiter in den häuslichen Betrieben. Am Sonntag, den 24. Juli, abends 6 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmarktstraße 72: Versammlung. Tagesordnung: u. a. Bericht über den Stand der Verhandlung über den neuen Lohnsatz.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals. (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband.) Sonntag, den 25. Juli, nachm. 14 Uhr, im Gewerkschaftshaus, SO. 16, Engelstr. 14/15 (großer Saal): Sektions-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu: Kassenentlastungen, Verkehrsabnahme, Betriebsänderung, Arbeitslosigkeit. Bericht über die geführten Verhandlungen und den Stand der Bewegung. 2. Unsere Reichskonferenz am 10. August 1920 für sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger. Wahl der Delegierten.

Stukkateure, Ratsbühnen usw. der Firma Dammrich u. Co. Kollegen! Eine wichtige Betriebsversammlung der genannten Firma findet am Freitag, den 23., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal 3) statt. Die Vertrauensleute.

Weltwirtschaft! Ueber dieses Thema spricht in einer heute, Donnerstag, den 22., abends 7 Uhr, im Deutschen Vol. Kasino, Str. 15, stattfindenden Versammlung der in den Afa-Verbänden organisierten Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsabläufe der Reichsbetriebe Kubowitsch. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes einer Betriebsvertretung, das der Afa angeschlossen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Angestellten in den Betrieben und Geschäften müssen ihre Kollegen auf diese Versammlung aufmerksam machen. In der Versammlung wird außerdem noch über den Stand der Betriebsbewegung und die vorzunehmenden Maßnahmen gesprochen werden. Afa, Ortskartell Gr.-Berlin, Klatau, Reinsberg.

S. P. D. Betriebsräte der Leder- und graphischen Industrie. Fraktionsführungen: Heute 5 Uhr, Gruppe Lederindustrie; Freitag, 23., um 1/5 Uhr, Gruppe Graphische Industrie, Kufflerstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Betriebsräte-Sekretariat S. P. D.

Achtung! Buchbinder-Vertrauensleute der Buchbindereien, Buchdruckerien und Geschäftsbuchfabriken! Freitag, den 23., um 1/5 Uhr, im „Alexandiner“, Alexandrinenstraße: Vertrauensmännerversammlung. Tagesordnung: Bericht über den Schiedsspruch vom Reichsarbeitsamt.

Zentralverband der Angestellten. Jugendliche Vertrauensvertrauensleute! Versammlung 23. d., nachm. 4 Uhr, im Verbandsbureau, Belle-Alliancestr. 7—10.

Achtung! Arbeiter des Rabelwerks Oberpreze. Die bisher ausbleibenden Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen, soweit Strom vorhanden, die Arbeit heute zur gemohnten Zeit auf. Der Arbeiterrat.

Volksfürsorge. Heute 7 Uhr, Obmannerversammlung, Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15, Saal 3.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Selzer, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Friedrich-Berling & Co., Berlin. Druck: Verlagsbuchhandlung v. Seelinghoff, Postfach 100, Berlin, Unterstr. 2, 10791 1. Blatt.

In voller Fahrt!

Nur gute Ware!

Maifestoden Pfd. 2.40
Weiße Bohnen Pfd. 1.30
Ackerbohnen Pfd. 1.30
Gelbe Erbsen Pfd. 1.30

Rcis Pfd. 5.50
Kakao Pfd. 20.-
Kaffee Pfd. 26.-
Echter, Volljetter, delikater
Holländer Käse Pfd. 13.-

Butterhandlungen

Union Loreley Ladewig Reichelt Assmann

Ernst Otto 2^e

Vereinigte 5 Firmen

143 Filialen in Groß Berlin

Unser Fahrwasser ist gute Ware - billige Preise.